

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Fremdband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Beizeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

## Aus dem Bericht der Schweizerischen Fabrikinspektion.

Soeben haben die schweizerischen Fabrikinspektoren ihren Bericht pro 1888-89 herausgegeben. Er bestätigt die Neue, wie lag das Fabrikgesetz von den Behörden eingehend wird, in wie trivialer Weise von den Unternehmern Ueberzeitbewilligungen verlangt und behördlicherseits leichtfertig erteilt werden.

Unter dem Fabrikgesetz standen Ende 1889 im Ganzen 2108 Fabriken mit einer Arbeiterzahl von rund 160 000. Diese Etablissements vertheilen sich auf die drei Inspektionskreise: 1. Kreis 1684, 2. Kreis 736, 3. Kreis 1629. In der Berichtsperiode wurden allein in den beiden ersten Kreisen 2108 Ueberzeitbewilligungen erteilt und zwar hauptsächlich in der Textilindustrie und in der Metallbearbeitung. Wie wenig gewissenhaft diese Bewilligungen erteilt werden, bezeugt folgende Ausführung Dr. Schuler's: „Das regelmäßige unbewilligte Arbeiten über die gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit fand ich am häufigsten in Sägereien, in welchem dieselben kontinuierlichen Betrieb bewilligt erhalten. In welcher Weise oft die Gesuche um Ueberzeit begründet werden, geht aus dem Folgenden hervor: Ein Petent ersucht, sich mit der Bewilligung der Ueberzeit von Erregungen nicht begnügen zu können; ein Anderer holt sie für ein Saisongeschäft ein, wo er fast gar nichts zu thun hat, um einem Konkurrenten eine plötzlich auszuführende Bestellung rasch vorweg nehmen zu können. Die Gründe, welche die bewilligenden Behörden angeben, sind oft geradezu unbegreiflich. So erhält ein Arbeitgeber Jahr für Jahr eine Woche lang Ueberzeit, um einen Bergnützungstag der Arbeiter einzubringen. Ein Arbeiter bringt so die Zeit ein, in welcher er für die Erhaltung des Inventars Ferien machte; ein Dritter arbeitet in seiner ganzen Spinnerei eine Woche lang Ueberzeit, weil er eine neue Banque à broches aufzustellen wollte.“

Diese Mißachtung des Fabrikgesetzes seitens der Behörden erklärt sich sehr natürlich aus dem einfachen Umstande, daß die Regierungsräthe die Repräsentanten und Sachwalter der besitzenden Klassen sind, wobei es gleichgültig ist, ob der Regierungsrath ein Liberaler oder ein Demokrat ist. Die Fabrikgesetz-Ueberwachungskommission der Arbeiterschaft in Winterthur hat im Vorjahre durch einen längeren Bericht, der als Broschüre im ganzen Lande verbreitet wurde, das Verhalten der Regierung bei Ueberzeitbewilligungen ebenfalls kritisch beleuchtet und da-

mit allgemeines Aufsehen erregt. Doch die Züricher Regierung vertheidigte sich im Kantonsrathe damit, daß sie zahlenmäßig nachwies, daß es in anderen Kantonen ebenso gemacht wird. Und damit waren die demokratischen „arbeiterfreundlichen“ und auchsozialistischen Kantonsräthe ebenso zufriedengestellt wie die liberalen Anhänger der Regierung. Gegen dieses gefehrvorhöhnende Gebahren können die Arbeiter sich nur folgerichtig wehren, wenn sie Energie und Entschlossenheit genug besitzen, die zugemuthete Ueberzeitarbeit einfach dadurch abzulehnen, daß sie nach Beendigung der normalen Arbeitszeit die Fabrik verlassen und den Fabrikanten mit der Ueberzeitbewilligung in der Tasche und mit einem dummen Gesichte allein zurück lassen. Es ist das schon vielfach, namentlich von den Metallarbeitern gemacht worden.

Das Kapitel von den Unfällen weist deren 14 905 auf, wovon 144 mit tödtlichem Ausgang und 40 mit gänzlicher Invalidität. Im Jahre 1888 wurden für 150 335 durch Unfall verursachte Krankheitsstage 875 925 Franks und 1889 731 539 Frks. ausbezahlt. Interessant sind die Mittheilungen über die Ursachen der Unfälle und die davon betroffenen Arbeiterkategorien. So ereigneten sich infolge Ueberanstrengung der Arbeiter 634 Unfälle. In der Baumwollspinnerei trafen 34,7 pCt. der Unfälle Leute unter 18 Jahren, in der Baumwollweberei 14,8 pCt. u. s. w. Die Zahl der Fabrikunfälle hat eine bedeutende Steigerung erfahren, wovon am meisten die Arbeiter der Metall- und Maschinenindustrie betroffen wurden. Schlimm steht es auch in den mechanisch eingerichteten Schreiner- resp. Holzbearbeitungswerkstätten. Die Kreisbandsägen haben im ersten Inspektionskreise allein 151 Unfälle herbeigeführt, die Zirkularsäge 76. Nach den Tabellen verunglückt jeder 56. Holzarbeiter an denselben. Und trotzdem werden, wie der antliche Bericht klagt, bald gar keine Schutzvorrichtungen mehr angebracht, vorhandene sogar beseitigt oder gar nicht benutzt und neue werden so schlecht und unbrauchbar als möglich erstellt. Zahlreiche Verletzungen, namentlich der Augen, hat in Webereien das Auspringen des Schiffchens verursacht. Hier sollten unbedingt Schutzvorrichtungen geschaffen werden. Nicht uninteressant ist eine weitere Bemerkung von Dr. Schuler in Bezug auf die Buchdruckereien. Er sagt hierüber: „Auffallend ist, wie aus Buchdruckereien und Schriftgießereien keine Anzeigen von Erkrankungen erstattet werden, obgleich mit privater Mittheilung von solchen Fällen gemacht wurde mit dem Beisügen, die Entschädigungsfrage sei in Güte erledigt. Eine Spezialuntersuchung stellte heraus, daß stark bleihaltige Farben hier und da zum Druck verwendet werden und große Gefahren darbieten. Meine Bemühungen, Schriftgießer

zur Benutzung von Abzugsvorrichtungen für die Bleidämpfe, die Buchdrucker zur Herstellung perforirter, eisenblecherner und lackirter Doppelböden der Seherkästen behufs leichterer Reinigung derselben zu bewegen, blieben erfolglos. Die letzteren betrachteten es sogar als Chikane, als das Rauchen in den Seherlokalen verboten werden sollte, das zum Ablegen der feuchten Zigarren auf oder neben dem Seherkasten und damit das Einführen von Bleistaub in den Mund Anlaß giebt. Um so befremdlicher ist es, wenn die gleichen Leute durch den in der Luft herum schwebenden Bleistaub geschädigt zu werden vermeinen.“

Indem wir heute diesen kleinen Auszug aus dem sehr lehrreichen und anregenden Berichte der schweizerischen Fabrikinspektoren zur Kenntniß unserer Leser bringen, behalten wir uns vor, gelegentlich noch einmal auf weitere Partien desselben zurück zu kommen.

## Korrespondenzen.

**Hamburg, 18. Mai.** Der Betrieb unserer Gaswerke ist mit Ach und Krach vermittelst polnischer und italienischer Arbeiter, welche vom Bau des Nord-Ostsee-Kanals heran geschleppt worden, aufrecht erhalten worden. Diese Kulis, welche, wie es scheint, jetzt überall die Stützen des deutschen Unternehmertums werden, wurden gleich in den Räumen der Gasanstalt in unserm Vororte Voornbeck eingekerkert, indem schon Matracen zum Schlafen für sie in Vereiskasse gehalten wurden. Zu essen und zu trinken wurde ihnen auch gereicht und sie somit von der Außenwelt bis auf Weiteres vollständig abgesperrt. Einige, die dort fortlaufen wollten, weil sie die Hitze vor den Retorten nicht auszuhalten vermochten, wurden mit Hilfe der Polizei wieder in die Fabrik zurückgetrieben. So ist Hamburg davon bewahrt geblieben, gänzlich in Finsterniß zu versinken. Ob aber dieser Zwangszustand lange aufrecht erhalten werden kann und nicht über kurz oder lang eine neue Katastrophe über den Betrieb der Hamburger Gaswerke hereinbrechen wird, ist sehr die Frage.

Die ganze Angelegenheit unserer städtischen Beleuchtungseinrichtung ist sehr bezeichnend für unsre Stadtverwaltung. Als vor circa 15 Jahren der Kontrakt der alten Gaskompagnie abließ und die Gaswerke in den Besitz der Stadt übergingen, übertrug man dem Herrn Haase, damals noch ohne „von“, die Pacht derselben, angeblich weil er das günstigste Gebot gemacht hatte. Das günstige Gebot des neuen Pächters bestand darin, daß er den Reingewinn mit der Stadt zur Hälfte theilte. Dadurch wurde Herr Haase in ganz kurzer Zeit, wie man sagt, Millionär, Rittergutsbesitzer und ein adliger Herr „von“ Haase. Nachdem die Dauer der Vereinbarung wiederum zu Ende war, hat sich Herr v. Haase mit einem Anstich des Reingewinnes begnügt und wahrscheinlich repräsentirt auch dieser Gewinn noch ein fürstliches Einkommen bei dem ungemein gesteigerten Gaskonsum. Nun mag man es ja den Vertbeidigern unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gönnen, daß sie auf den Pächter der Hamburger Gaswerke mit Fingern zeigen und sagen: „Seht Ihr, das ist ein „self made man“ in der schönsten Bedeutung des Wortes!“ Man kann es ja auch dem

## Feuilleton.

[Redaktion verboten.]

### „Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Er erzählte weiter, daß er in Vincennes ein Restaurant eröffnen wolle; das sei ein alter Plan von ihm, denn es haben sich immer Leute, die essen und trinken wollen. In seinem Gesichte spiegelte sich deutlich die Freude darüber, daß es ihm gelingen sei, den Eheleuten Robineau ein Geschäft auf den Hals zu reden, bei welchem er sein Vermögen zu verlieren befürchtet hatte.

— Wie ist's mit Ihrem Leiden? fragte Frau Robineau bößlich.

— Wie, mein Leiden? murmelte er erstaunt.

— Ach ja, Ihr Rheumatismus, der Sie so viel plagte?

— Er erinnerte sich jetzt und erröthete leicht.

— Ja, ich leide noch immer, stammelte er, aber die Luft, Sie begreifen... Gleichviel: Sie haben ein glänzendes Geschäft gemacht. Wäre mein Rheumatismus nicht gewesen, ich würde mir in 10 Jahren 10 000 Franks verdient gemacht haben, — auf Ehre!

Wierzehn Tage später entspann sich der Kampf zwischen Robineau und dem „Glück der Damen“. Dieser Kampf war berüchtigt und beschäftigte eine kurze Zeit den ganzen Pariser Markt. Robineau, die Waffen seines Feindes benutzend, hatte die Oeffentlichkeit der Zeitungen in Anspruch genommen. Außerdem pflegte er die Auslagen, häufte in

seinen Schaufenstern ungeheure Stöße der famosen Seide auf, annonzierte dieselbe durch große weiße Plakate, von welchen sich in Riesenziffern der Preis von 5 Franks 50 Centimes abhob. Diese Ziffer revolutionirte die Frauenwelt: 10 Centimes billiger, als im „Glück der Damen“! und die Seide schien stärker, dauerhafter zu sein. Gleich in den ersten Tagen kam ein großer Zulauf von Kundschäften; Madame Marty kaufte ein Kleid, dessen sie nicht bedurfte, indem sie sagte, daß sie es aus Sparsamkeit thue; Madame Bourdelais fand den Stoff schön, aber sie zog es vor, zu warten, denn sie mitterte offenbar die Dinge, die da kommen sollten. In der That sehr Mouret in der nächsten Woche den Preis des Paris-Bouheur um 20 Centimes herab; er hatte mit Bourdoncelle und den übrigen Interessirten eine lebhafteste Diskussion, um sie zu überzeugen, daß man den Kampf aufnehmen müsse, selbst auf die Gefahr hin, auf Verlust zu verlaufen und diese 20 Cent. waren in der That schon ein Verlust, denn man verkaufte die Waare bereits zum Selbstkostenpreise. Dieser Streich war hart für Robineau; er hatte nicht geglaubt, daß sein Rivale mit dem Preis herabgehen werde, denn diese Selbstmorde der Konkurrenz, diese Verkäufe auf Verlust waren damals noch ohne Beispiel und der Zulauf der Kunden, immer dem wohlfeileren Preise gehorchend, wendete sich sofort wiederum nach der Rue Neuve-Saint-Augustin, während das Magazin in der Rue Neuve des petits champs sich leerte. Gaujean eilte aus Lyon herbei, es gab angstvolle Beratungen und er entschloß sich zu einer Geldthat: der Preis der Seide wird noch um 10 Cent. herabgesetzt, der Preis der Seide um 5 Fr. 30 verlaufen, um einen Preis also, unter welchen Niemand hinabsteigen konnte, ohne ein völliger Narr zu werden. Am folgenden Tage bot Mouret seinen Stoff um 5 Fr. 20. Und von da ab entstand eine wahre

Ruth: Robineau replizierte mit 5 Fr. 15. Nun affichirte Mouret 5 Fr. 10. Sie gingen nunmehr nur um einen Sou herab und verloren bedeutende Summen, so oft sie dem Publikum dieses Geschenk machten. Die Kunden lachten, entzückt über diesen Zweikampf, gerührt von den furchterlichen Streichen, welche die Beiden hier einander versetzten, um dem lieben Publikum zu gefallen. Endlich wagte es Mouret auf 5 Franks herabzugehen, sein Personal zitterte, als es das Glück der Damen herausfordern sah. Robineau, zu Boden geschmettert, setzte ebenfalls 5 Franks fest, fand aber nicht den Muth, weiter herab zu gehen. Auf dieser Position harrten sie nun aus. Allein, wenn die Ehre auf beiden Seiten gerettet war, so war doch für Robineau die Lehre eine mörderische, das „Glück der Damen“ besaß Kapitalien und Kredit und hatte eine große Kundschafft, welche ihm ermöglichte, die Verluste bei dem einen Artikel durch Gewinn bei verschiedenen anderen Artikeln hereinzubringen; während er, bloß durch Gaujean unterstützt und nicht in der Lage, sich durch den Gewinn bei anderen Artikeln zu erholen, erschöpft wurde und mit jedem Tage ein wenig tiefer auf der schiefen Bahu des Falliments hinabglitt. Er verblutete an seiner Tollkühnheit, trotz der zahlreichen Kundschafft, welche in den verschiedenen Phasen des Kampfes ihm zuströmten. Was ihn hauptsächlich kränkte, war die Wahrnehmung, daß die Kundschafft langsam wieder „Zum Glück der Damen“ zurückströmte, nachdem er sein Geld verloren und so kolossale Anstrengungen gemacht hatte, um die Kundschafft zu gewinnen.

Und es kam ein Tag, an welchem er die Gebuld verlor. Eine Kundschafft, Madame de Voves, war zu ihm gekommen, um Mäntel zu besichtigen, denn er hatte seinen Seidenspezialitäten eine Abtheilung für Konfektion hinzugefügt. Sie

Herrn v. Haase gönnen, daß er sich von einem armen Techniker auf Kosten der Hamburger Steuerzahler zum adeligen Rittergutsbesitzer aufgeschwungen hat, aber daß er sich theilweise mit auf Kosten der armen Arbeiter bereicherte, welche die Hölle der Gasretorten anhalten und den giftigen Dunst der Koaks, welche mit Wasser gelöst werden, einathmen müssen, das ist wohl kaum zu billigen. Unter der alten Kompagnie hatten die Arbeiter immer noch die und da einen bestimmten freien Tag. Sobald der jegige Pächter die Herrschaft antrat, wurde der freie Tag abgeschafft und es wird in zwei Kolonnen gearbeitet, abwechselnd in zwei Schichten Tag und Nacht. Was war natürlicher, als daß bei den Arbeitern das Gefühl zum Durchbruch kam, den Versuch zu machen, einige Erleichterungen bei ihrer schweren Arbeit zu erstreben? Sie machten Gebrauch von ihrem guten staatsbürgerlichen Rechte und gründeten einen Fachverein, dafür wurden sie gemäßigter und über Hamburg eine Gastalamität herauf beschworen. Es wurden direkt viele Geschäftsleute wegen Stillstandes ihrer Gasmotoren geschädigt und indirekt noch die tumultuösen Vorgänge in der Steinstraße und Umgebung herbeigeführt. In der letzten Sitzung unserer Herren Stadtvertreter aber fand sich keine Mannesseele, welche all dieser Vorgänge nur mit einer Silbe erwähnte. Wie man sagt, wollen viele Geschäftsleute gegen Herrn von Haase wegen Geschäftsschädigung klagen werden. Ob sie mit ihrer Klage Erfolg haben? Wer weiß! Die Schuld wird wahrscheinlich von den hochadeligen Schultern auf die Arbeiter abgewälzt werden. Der Ausstand derselben, in den sie mit circa 500 Mann traten, dauert bis jetzt noch fort, ob aber die Einigkeit sich wird lange aufrecht erhalten lassen, ist zu bezweifeln.

Unsere Gewerführer sind bekanntlich infolge der Feier des 1. Mai auch noch im Auslande begriffen. Wo sich nun irgend nur ein streitbarer Gewerführer an einer Stelle sehen läßt, von der aus er die Möglichkeit haben könnte, mit einem arbeitenden Kollegen oder einem der herbeigeschleppten fremden Arbeiter ein Wort zu reden, legt sich die Hand des Gesetzes auf ihn, er wird arretirt und nach allerneuester Polizeipraxis wie ein Bauernfänger oder sonstiger Gauner mit einer Nummer auf der Brust photographirt. Das ist unsere neueste republikanische Erziehungssache, auf die unser Hamburg stolz sein kann!

Die Krawalle in der Steinstraße haben seit der Zeit, daß sich die Schutzmannschaft dort nicht mehr im Massenaufgebot zeigt, aufgehört. Als kuriosum ist dabei zu erwähnen, daß sich die „Königliche Zeitung“ von hier telegraphiren ließ: „In der Barlowstraße wurden sämmtliche Scheiben der öffentlichen Gebäude demolirt.“ Der „Barthof“ ist eine schmale Nebenstraße der Steinstraße, die hauptsächlich „öffentliche Häuser“ enthält. Was der arme Herr von Haase Alles zu verantworten hat!

## Politische Uebersicht.

**Kreuzung gegen die Sozialdemokratie, und zwar ein richtiger, echter und rechter Kreuzzug, in Szene gesetzt durch die Kirche! Nur sind es nicht, wie im Mittelalter, die Türken, gegen welche das Kreuz genommen werden soll, sondern die Sozialdemokraten! Das ist kein Scherz, wie der Leser wohl versucht sein möchte zu glauben, es ist die nackte Wahrheit, greifbare Wirklichkeit. Und nachdem der Leser dies erfahren hat, wird er auch von selbst wissen, in welchem deutschen Land dieser Kreuzzug gepredigt wird — buchstäblich gepredigt von der Kanzel herab. Natürlich ist es das Geburtsland des Kartells, das Musterland der Sozialistenverfolgung und Arbeitermaßregelung: das „gemüthliche“ Sachsen! In allen Kirchen des Königreichs Sachsen von allen Kanzeln herab wurde vorigen Sonntag — auf Befehl des Landeskonfessionsraths ein Gebet verlesen, welches die Hilfe des Himmels anfleht gegen die fürchtbare Sozialistengefahr. — Wir geben die Thatfache ohne Kommentar. Und wir fragen bloß, was b e z w e c k e n die Urheber dieses modernen Kreuzzugs?**

Den „sozialen Frieden“ gewiß nicht. Oder gehört auch das zum praktischen Christenthum? —

**Landrätliche Sozialpolitik.** Einige Landräthe fordern nach der „R. Ztg.“ von ihren untergeordneten Beamten Schritte ein, ob und inwiefern von den Unternehmern Schritte zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes gethan worden sind. Als Maßnahmen der in Rede stehenden Art sollen angesehen werden: die Einrichtung von Arbeiter-Wohnhäusern für ländliches Gesinde (!) und für Fabrikarbeiter seitens der betreffenden Grund- und Fabrikbesitzer, die Einrichtung besonderer Speiseanstalten, Badeanstalten, Bibliotheken, sowie Räumlichkeiten zu geselligem Verkehr für die in einem industriellen Betriebe beschäftigten Arbeiter seitens der Unternehmer, ferner diejenigen von den Unternehmern getroffenen Einrichtungen, welche ihren Arbeitern den billigen Bezug

von Lebens- und Genusmitteln, sowie sonstigen Lebensbedürfnissen zu ermöglichen bestimmt sind, endlich auch Stiftungen zum Besten der Arbeiter. — Die Landräthe kennen augenscheinlich das Abc der Sozialreform noch nicht. Alle die Dinge, über welche sie Erhebungen anstellen lassen, berühren die Hauptsache der Arbeiterfrage nicht. Ja einige von diesen Maßregeln, wie die Errichtung von Arbeiter-Wohnhäusern (Fesselung an die Scholle) und der „billige Bezug“ von Lebensmitteln (Truchsystem), führen nicht eine Hebung, sondern eine Verschlechterung der Lebenslage des Arbeiters herbei. Warum lassen die Landräthe nicht Erhebungen über Erhöhung des Lohnes und Herabsetzung der Arbeitszeit veranstalten? Oder meinen sie, daß eine solche Enquete zu lässlich und dürftig ausfallen würde?

**Als Ersatz des Sozialistengesetzes** fordert das national-liberale „Leipziger Tagebl.“ ein „zweckentsprechendes Auftreten der Arbeitgeber“. Natürlich steht an der Spitze der dahin abzielenden Rathschläge, daß es gelte, „den unberechtigten und unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter fest und einträchtig entgegen zu treten.“ Es ist nur leider zu bekannt, daß von der Unternehmerschaft selbst die billigsten und bescheidensten Wünsche der Arbeiter für Verbesserung ihrer Lage als zu weit gehend und unerfüllbar bezeichnet werden. Wenn das geringste Opfer gefordert wird, so ist die Mehrzahl der Herren Kapitalisten sofort darüber einig, daß die „nationale Industrie“, die „gesammte Kultur und Gesittung“ in Gefahr sei.

**In Unterhandlungen** über einen Niederlassungsvertrag mit der Schweiz hat sich Deutschland, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Bern gemeldet wird, in mündlichen Besprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem schweizerischen Gesandten Dr. Roth bereit erklärt.

**In Einigkeit im deutschfreisinnigen Lager.** Im „Briefkasten“ des „Reichsfreundes“ findet sich folgende vielversprechende Mittheilung: „Die parlamentarische Korrespondenz aus der deutschfreisinnigen Partei geht ein. Der letzte Jahrgang ist namens des geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees von dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Hingz redigirt. Die früheren Begründer und Herausgeber der parlamentarischen Korrespondenz aus der deutschen Fortschrittspartei haben für den letzten Jahrgang keine Beiträge geliefert.“

**Ein unaukündiges Blatt** ist die „Freis. Ztg.“ des Herrn E. Richter. Bekanntlich sind bei dem letzten Zimmererstreik in der Maschinenverwaltung Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die zu der Entsetzung des Betheiligten von seinen Aemtern geführt haben. Die „Freis. Ztg.“ theilt nun diese bedauerliche Thatfache ihren Lesern unter folgender Einleitung mit: „Wiederum ist ein Hauptführer der Sozialisten in Berlin der Veruntreuung überführt worden.“ Der Gemeinthe hat niemals in der politischen Bewegung irgend eine Rolle gespielt. In der plumpen Niedertracht der „Freis. Ztg.“ gefüllt sich in diesem Falle also auch noch die Lüge.

**Im Reichs-Versicherungsamte** ist dieser Tage eine Arbeit zum Abschluß gelangt, deren Beginn in das Jahr 1887 fällt. Im Einvernehmen mit den Vorständen der Berufsgenossenschaften wurde um die Mitte des genannten Jahres vom Reichs-Versicherungsamte die Aufstellung einer einheitlichen Statistik über die von den Genossenschaften im Jahre 1887 entschädigten Unfälle in die Wege geleitet. Dieselbe sollte gleichsam eine Fortsetzung der zur Beschaffung einer Unterlage für das damals geplante Unfallversicherungsgesetz im Jahre 1881 angestellten Erhebung über die Zahl und Schwere der im Deutschen Reiche in den verschiedenen Gewerbebezügen vorkommenden Unfälle bilden und insbesondere der Unfallverhütung, also der vornehmsten Pflicht der Berufsgenossenschaften, Dienste leisten. Die Statistik ist nunmehr zur Veröffentlichung gelangt. Sie bringt in einer zahlenmäßigen Zusammenstellung der im Jahre 1887 entschädigten Unfälle die Natur der letzteren nach der Zeit und der Gelegenheit, nach den Ursachen und Folgen, unter Berücksichtigung aller Nebenumstände, zum Ausdruck und vermittelt einen Austausch der bei den einzelnen Berufsgenossenschaften gemachten einschlägigen Wahrnehmungen. Sie umfaßt 62 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 219 458 versicherten Betrieben und 3 861 500 versicherten Personen. Die Zahl der für sie in Betracht gekommenen entschädigungspflichtigen Unfälle belief sich auf 15 970. Es ist nicht möglich, in einem engen Rahmen ein vollständiges Bild der Ergebnisse dieser Statistik zu geben; wir möchten deshalb nur einige der letzteren zur Darstellung bringen. So vertheilen sich die Unfälle, bei allen Betrieben durcheinander gerechnet, auf die Monate des Jahres ziemlich gleichmäßig; dem am stärksten belasteten Monat Oktober mit 1479 Unfällen steht der Februar mit der geringsten Zahl von 1198 Unfällen gegenüber. Sonst sind im Allgemeinen die Wintermonate unfallreicher als die Sommermonate, und der Ausgleich wird nur hergestellt durch die größeren Unfallzahlen im Sommer bei dem Baugewerbe- und Binnenschiffahrtbetriebe. Unter den Wochentagen zeigen der Montag, der Freitag und Sonnabend eine Zunahme der Unfälle. Von den Tageszeiten sind die Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr und die Nachmittagsstunden von 3 bis 6 Uhr in höherem Maße mit Unfällen belastet. Von

den entschädigten Unfällen kommen auf Verletzungen von Maschinen 26,84 pCt., auf anderweitige Verletzungen 73,16 pCt. Bei den 4287 durch Maschinen verursachten Verletzungen nehmen der Zahl nach die Drehmaschinen mit 2803 Unfällen die erste Stelle ein. Es folgen die Fahrstühle, Aufzüge etc. mit 899 Unfällen, Transmissionsen mit 869 und die Motoren mit 216. Die schwersten Folgen hatten die Unfälle bei der Schiffahrt; 74,03 pCt. derselben verliefen tödlich. Von den Unfällen beim Betriebe von Dampfesseln, Dampflochapparate verliefen 48 pCt., von dem beim Umgang mit feuergefährlichen, heißen und ätzenden Substanzen 34,31 pCt. tödlich. Als Ursachen der Unfälle ergaben sich: Unternehmern zur Last fallend wegen mangelhafter Sicherheitsvorrichtungen, Leiner oder ungenügender Anweisung, Fehlen von Sicherheitsvorrichtungen 19,78 pCt., den Arbeitern zur Last fallend wegen Nichtbenutzung vorhandener Sicherheitsvorrichtungen, mangelhafter Anweisung, Ungeschicklichkeit, Unachtsamkeit, ungenügender Vorsicht 25,84 pCt., theils den Unternehmern, theils den Arbeitern zur Last fallend wegen Fehlen von Sicherheitsvorrichtungen und Unachtsamkeit der Arbeiter etc. zugleich, Schuld von Arbeitern 7,73 pCt. Die übrig bleibenden 46,87 pCt. hatten andere oder nicht zu ermittelnde Ursachen.

**Von der Anklage der Soldatenmishandlung** ist am Mittwoch vom Militärbezirksgericht in Würzburg ein Unteroffizier freigesprochen worden. Er hatte einen Rekruten nach dessen Angabe dreimal zu verschiedenen Zeiten beim Rekrutenexerziren mißhandelt, indem er ihn einmal mit der Scheide des Yatagans an der Hand auf die Finger schlug, daß ein Nagel abging ein andermal mit dem Gewehrkolben an den Schenkel stieß und endlich im dritten Fall mit der Hand in's Gesicht hieb. Auch habe er zu bereuen gesucht, sich nicht zum Arzt zu melden oder sonstigen anzugeben, er habe seine Verletzungen sich durch einen Fall aus dem Bette zugezogen. Die Freisprechung erfolgte, weil keiner von den 7 anderen beim Rekrutenexerziren mitbetheiligten Soldaten etwas von den Mißhandlungen gesehen haben wollte.

**Für ungerechtfertigt** ist die Auflösung einer Wahlversammlung in Peine von dem Ober-Verwaltungsgericht erklärt worden entgegen einer Entscheidung des Oberpräsidenten von Bismarck. Ein Polizeikommissar hatte sich erlaubt, bei der Wahlversammlung der deutschhannoverschen Partei aufzufallen unter dem Vorgeben, daß Erörterungen über das Verbot der unzulässig seien. Nachdem nämlich der Polizeikommissar von Medner unterfragt hatte, über das Freizügigkeitsgesetz zu sprechen, weil dies mit der Wahl nichts zu thun hätte, hatte ein Mitglied auseinandergesetzt, daß die überwachenden Polizeibeamten dem Vereinsgesetz keine Befugniß hätten, die Medner in der Wahl des Themas zu beschränken.

**Das Auerneue auf dem Gebiete des „groben Unfugs“** ist folgende Thatfache, auf welche wir die Aufmerksamkeit unserer Leser hinlenken wollen. Das Amtsgericht Magdeburg hat den Buchdruckereibesitzer Fr. Meyer in Hamburg zu vier Wochen Haft verurtheilt wegen „groben Unfugs“. Den „groben Unfug“ hat das Gericht darin gefunden, daß in dem von Meyer verfaßt und gedruckten Blatt „Der Kupferschmied“ eine Annonce enthalten war mit folgendem Wortlaut: „Ochersteben. Der Jung nach Vertilgung des Herrn... (den Namen lassen wir weg, um nicht weiter fernzuhalten. Die Bohntommission der Filiale Magdeburg, J. A.: O. Hoffmann.“ Natürlich wird gegen dies Verdict ein Rechtspruch in Kraft bleiben, dann wäre kein einziger Redakteur und Verleger einer Zeitung auch nur einen Tag davor unter Anklage gestellt zu werden. Das ganze Preßgesetz überflüssig, man brauchte bloß den „groben Unfugs-Paragrafen“ um Alles bestrafen zu können, was einem beliebigen Privatmann nicht paßt.

**Breslau.** In einer Strafsache von geringer Bedeutung hatte der „Breslauer Gerichts-Ztg.“ zufolge der Staatsanwaltschaft als Grund angegeben... wenigstens... dies aus den Ausführungen der „Rechts-Zeitung“ hervor... sei, daß... sich auf offener Straße laut... Sozialdemokratie betenne. Die „Schles. Nachrichten“ registriren dies ohne Kommentar, hoffen aber, daß im Reichsauf diesen Fall näher eingegangen werden wird.

**Aus Sachsen, 18. Mai.** Die drakonischen Uebersetzungen politisch thätige Arbeiter werden in Sachsen der... nach bei allen Landgerichten Uebung. Neuerdings hat... Landgericht zu Zwickau gesprochen und wie! Ein... arbeiter Namens Horn, der seit einiger Zeit in der... arbeiterbewegung thätig ist, wurde zu einem... Befähigung verurtheilt und sofort verhaftet, weil er... einer Bergarbeiterversammlung in der Kritik der... lingsweise eines Bergwerksdirektors demselben... bruch vorgeworfen. Ein anderer, der einen noch... stärkeren Ausdruck gebraucht, bekam vier Monate... schwerend fiel für Horn in die richterliche Waagschale.

konnte keinen Entschluß fassen und beklagte sich über die Qualität der Stoffe. Endlich sagte sie:

— Das Paris-Bonheur ist doch viel stärker.

Robineau hielt sich noch zurück und versicherte, daß sie sich täusche; er sagte dies mit seiner kaufmännischen Höflichkeit und um so respektvoller, als er fürchtete, daß seine innere Empörung losbrechen könnte.

— Aber sehen Sie sich doch die Seide dieser Rotonde an, sagte sie, das ist ja wie Spinnengewebe, Sie können sagen, was Sie wollen, mein Herr, Mouret's Seide zu 5 Fr. ist reines Leder im Vergleich zu dieser.

Er fand keine Antwort mehr; mit blutrothem Gesicht und aufeinander gepreßten Lippen stand er da. Er hatte den guten Einfall gehabt, für seine Konfektions-Abtheilung von der Seide seines Konkurrenten zu kaufen. So verlor Mouret an dem Stoff, nicht er. Er begnügte sich, den blau und silberfarbenen gestreiften Saum wegzuschneiden.

— Wirklich, Sie finden das Paris-Bonheur dicker? fragte er.

— Oh, hundertmal! erwiderte Mme. de Boves; gar kein Vergleich!

Er war entrüstet über diese Ungerechtigkeit der Kundenschaft; und da diese eben mit ihrer geringfügigen Miene die Rotonde hin- und herdrehte, kam unter dem Aufschlag ein schmaler Streifen des Saumes zum Vorschein, welcher der Schere entgangen war. Nun konnte er nicht länger an sich halten und gestand die Sache ein.

— Nun denn, Madame, sagte er; diese Seide ist Paris-Bonheur; ich selbst habe sie gekauft. Da, schauen Sie den Saum!

Madame de Boves ging sehr verdrossen weg. Die Geschichte machte die Munde und viele Damen blieben ihm aus. Und angesichts dieses Ruins zitterte er nur für seine Frau; sie war an ein ruhiges Glück gewöhnt und konnte nicht in Armut leben. Was wird aus ihr werden, wenn eine Katastrophe sie schuldenbeladen auf die Straße wirft? Es war seine Schuld, er hätte ihre sechzigtausend Francs niemals berühren sollen. Sie mußte ihm Trost zusprechen. Gehörte denn das Geld nicht ihm ebenso wie ihr? fragte sie. Sie liebe ihn und verlange nichts mehr. Sie gebe ihm

Alles: ihr Herz, ihr Leben. Und man hörte oft, wie sie sich in dem kleinen Zimmer neben dem Laden zärtlich küßten. Nach und nach regelte sich der Haushalt, die Verluste wurden Monat für Monat geringer, in einem mäßigen Verhältnisse, so daß das verhängnisvolle Ende hinausgeschoben wurde. Die hartnäckige Hoffnung hielt sie aufrecht; sie verklärte noch immer die nahe Auflösung des Hauses „Zum Glück der Damen“.

— Bah! pflegte Robineau zu sagen: wir sind jung; uns gehört die Zukunft.

— Und dann, was liegt daran? fügte sie hinzu. Du hast gethan, was Dir gut dünkte. Wenn Du nur zufrieden bist, bin ich es auch, mein theurer Mann.

Denise war gerührt, wenn sie ihre zärtliche Liebe sah. Sie zitterte; sie sah den unvermeidlichen Fall voraus, aber sie wagte nicht, sich einzumengen. Hier lernte sie erst recht die Macht des modernen Handels begreifen und bewundern, welcher ganz Paris umwandelte. Ihre Ideen reiften; aus dem wilden Kinde, das aus Valognes gekommen, entwickelte sich ein anmuthiges Weib. Ihr Leben war überdies ein recht angenehmes, trotz ihrer vielen Mühsal und ihrer Geldknappheit. Wenn sie ihren Tag unter fortwährender Arbeit beendigt hatte, kehrte sie rasch in ihre Wohnung zurück, um sich mit Pepe zu beschäftigen, für dessen Verköstigung glücklicherweise der alte Bourras sorgte; aber es gab da noch immer kleine Sorgen, bald ein Hund zu waschen, bald eine Blouse auszubessern. Niemals ging sie vor Mitternacht zu Bett und der Sonntag brachte erst recht viele Arbeit für sie; da reinigte sie ihr Zimmer, besserte für sich selbst Kleidung und Wäsche aus, was ihr so viel zu thun gab, daß sie oft erst gegen 5 Uhr Abends sich kämmen konnte. Trotzdem machte sie zuweilen Spaziergänge, auf welchen sie das Kind mit sich nahm; es war ein wahres Fest für sie, wenn sie in Neuilly eine Tasse Milch nehmen konnten. Jean wollte bei diesen Partien nicht mithalten; er zeigte sich nur von Zeit zu Zeit und verschwand bald, indem er andere Bistnen vorschlugte. Er verlangte kein Geld mehr, aber er kam mit so melancholischen Miemen, daß seine Schwester für ihn immer ein Hundert-Sous-Stück bereit hatte. Das war dann ein Luxus für ihn.

— Hundert Sous! schrie er jedesmal freudig. Sacre! Du bist sehr artig! Es ist jetzt gerade die Frau eines Papirhändlers.

— Schweig! unterbrach ihn Denise, ich will nicht wissen.

Er glaubte, daß sie ihn für einen Prahlhans halte.

— Wenn ich Dir sage, es ist die Frau eines Papirhändlers; oh, etwas Prachtvolles!

So verlossen drei Monate, es kam der Frühling. Denise wollte nicht mehr mit Pauline und Bauge nach Joinville gehen. Sie begegnete ihnen zuweilen in der Gegend von Saint-Roch, wenn sie von Robineau kam. Eines Abends als sie allein war, gestand ihr Pauline, daß sie vielmals demnächst ihren Geliebten heirathen werde; sie ärgerte sich noch, weil man im „Glück der Damen“ die verheirateten Verkäuferinnen nicht mag. Dieser Plan überraschte Denise; sie magte es nicht, ihrer Freundin einen Rath zu geben. Eines Tages redete Colombar sie auf dem Gailloisplatz neben dem Brunnen an, gerade in dem Augenblick, als Klara vorüber ging; Denise mußte rasch davon eilen, denn er bat sie, sie möge mit ihrer früheren Kameradin reden und sie fragen, ob sie ihn nicht zum Manne haben möchte. Sie begriff nicht, warum all diese Leute sich so sehr nach der Heirath sehnten. Sie fühlte sich recht glücklich darüber, daß sie Niemanden liebte.

— Wissen Sie, was es Neues giebt? rief ihr eine Abends der Parapluemacher entgegen, als sie heimkehrte.

— Nein, Herr Bourras.

— Nun denn: Die Potterbuben haben das Hotel Duval angekauft, ich bin zernirt.

Er suchte mit beiden Armen in einem Anfall von Wuth, welche seine weiße Wäsche zu Berge steigen ließ.

— Das ist eine Nachenschaft, von der ich nichts weiß, greife. Wie es scheint hat das Hotel dem Crédit immobiler gehört, dessen Präsident, der Baron Hartmann, dem farnam, Mourret auf den Heim gegangen ist. Jetzt haben Sie von rechts und von links, von vorne und von hinten. Sie, so wie ich diesen Knopf eines Spazierstockes in der Faust habe.

(Fortsetzung folgt.)

daß er, ein Agitator sei und die Arbeiter gegen die Unternehmer aufrege. Horn konnte nachweisen, daß er zwar auf einem Bergwerk gearbeitet worden sei, daß man ihm aber mit dem besten Zeugnis entlassen habe. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß Horn die gegen den Direktor erhobene Beschuldigung im besten Glauben gethan habe. Es giebt auch noch sehr viele andere Leute, welche die Handlungsweise des in Frage stehenden Bergbeamten genau so beurtheilen wie Horn. Ferner muß Horn persönlich das beste Leumundzeugniß ausgesprochen werden; der Mann opferte für seine Existenz alles, und hinterläßt jetzt eine Frau mit sieben Kindern.

Daß die agitatorische Thätigkeit eines Arbeiters für die Besserstellung seiner Klasse in den Augen vieler Richter heute als ein besonders strafverschärfendes Moment angesehen wird, zeigt, wohin wir gerathen sind. Die Agitatoren des Bürgerthums waren Märtyrer, sie galten als Volksmänner, welchen die höchsten Ehren gebührt und sie deshalb besonders hart zu verurtheilen, weil sie den Regierungen oder den Feudalherren eine systematische Opposition entgegensetzten, wurde, wenn es überhaupt geschah, von der ganzen bürgerlichen Presse als ein Attentat auf die Menschlichkeit betrachtet und auf's Schärfste gebrandmarkt.

Heute ist das freilich alles anders. Die Frage entsteht nun, wozu braucht man neue Verschärfungen des Strafgesetzes, wenn die alten Bestimmungen sowohl in Bezug auf die Höhe des Strafmaßes wie ihre Auslegungsfähigkeit, für sich beides gerade Sachen so viele klassische Beispiele lieferte, auch den weitgehendsten Anforderungen entsprechen.

### Frankreich.

Paris, 17. Mai. Deputirtenkammer. Nachdem Laur seine Interpellation über den wucherischen Anstieg von Petroleum beendigt hatte, erklärte der Justizminister Fallières, die vorgeschlagenen Anlagen gehörten zu dem Tribunal, nicht auf die Zeitlinie; die Besitzer der Raffinerien selbst verlangten vor Gericht gestellt zu werden, um sich zu verteidigen zu können; die Petroleumsteuer rühre von dem Zolltarif her, nicht von dem wucherischen Anstieg. Schließlich wurde die einfache Tagesordnung mit 420 gegen 60 Stimmen angenommen. — Laur wünschte darauf seine Interpellation über die Verwendung der Sparrenten auf Montag zu verlagern, der Finanzminister Rouvier verlangte jedoch sofortige Berathung. Die Sitzung wurde deshalb adjourniert, damit Laur seine auf die Interpellation bezüglichen Geschäftsakte herbeiführen könne. — Nach Wiederanfrage der Sitzung warf Laur dem Finanzminister vor, Briegeschäfte mit den Geldern der Depostenkasse der Sparrenten gemacht zu haben. Der Finanzminister Rouvier stellte das formell in Abrede und gab detaillierte Aufklärungen, indem er die Angaben Laur's vollständig widerlegte. Die Deputirtenkammer nahm unter dem Eindruck der Rede Rouvier's die Abstimmung vor und nahm mit 268 von 374 Stimmen eine Tagesordnung an, welche die Erklärungen der Regierung billigt, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

### Belgien.

Brüssel, 18. Mai. Deputirtenkammer. Sanson und Genossen haben einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Arbeitgeber verpflichtet, ihre Arbeiter bei jeder Beschäftigung gegen Betriebsunfälle zu versichern.

### Schweiz.

Aus Zürich wird gemeldet, daß die beiden Kommissionen der schweizerischen Bundesversammlung für das Versicherungsrecht vom 15. bis 18. Mai in Zürich getagt und beschlossen haben, den neuen Verfassungsartikel über das Versicherungsrecht in folgender Fassung festzustellen: Der Bund wird auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung einrichten, unter Berücksichtigung der bestehenden Krankenkassen. Er kann auch andere Arten der Personalversicherung auf dem Wege der Gesetzgebung einrichten. Er kann den Beitritt allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen obligatorisch erklären.

Bern, 19. Mai. Der Bundesrath hat sich bereit erklärt, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten, bezügl. Abschluß eines neuen Niederlassungsvertrages. Diese Verhandlungen, welche bereits begonnen haben, finden in Bern statt. Der Bundesrath droht, die Verhandlungen zu beenden, wenn auf Grund der vom Bundesrath erhaltenen Instruktionen, unter Vorbehalt der Ratifikation, abzuschließen.

### Italien.

Rom, 17. Mai. Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Interpellation Odescalchi's erklärte der Minister des Ackerbaus Siceli, es sei notwendig, das gegenwärtige Gesetz über die Landarbeit zu verbessern und außerdem einen Gesetzentwurf zur Regelung der Frauendarbeit vorzulegen. Außer dem gegenwärtigen Gesetz zur Verhütung vorliegender Arbeiter-Unfallgesetz werden noch andere derartige Vorlagen gemacht werden, um die Beschäftigten der Berliner Konferenz zur Anwendung zu bringen. — In seiner Antwort auf die Interpellation Odescalchi's bemerkte Siceli, die Berliner Konferenz berühre andere Länder mehr als Italien, dessen Arbeiter in der Mehrzahl auf den Feldern beschäftigt seien (1), außerdem habe sich die Regierung bezüglich der Konferenzbeschlässe volle Freiheit des Handelns vorbehalten. Das industrielle Leben Italiens sei erst am Beginn, daher könne es unmöglich Verpflichtungen eingehen, welche die Entwicklung hemmen würden (2). Der Ministerpräsident erwiderte an all' das, was Italien zum Wohle der arbeitenden Klassen gethan habe (??), an die Gesetzentwürfe, welche gegenwärtig der Kammer vorliegen und welche sich den Entschlüssen der Berliner Konferenz anpassen, und erklärte weiter, die Regierung werde sich stets die Arbeiterfrage angelegen sein lassen. — Siceli erhebt augenscheinlich die Deuchelei zu seinem politischen Posten.

### Spanien.

Madrid, 18. Mai. In Bilbao herrscht jetzt wieder Ruhe. Der größte Theil der Arbeiter hat in den Eisenwerken die Arbeit wieder aufgenommen; dagegen dauert der Streik der Schiffbauarbeiter noch fort. Ein Theil der Truppen ist aus den Grubenbezirken wieder abgerückt. Die Maßregeln der Militärbehörden in Bilbao und den benachbarten Städten dauern fort. Mehrere Personen sind verhaftet worden, weil sie angeblich die nicht streikenden Arbeiter beeinflussten, die Arbeit zu verlassen.

## Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der Militärverträge ist gestern nach der Plenarsitzung gewählt worden. Vorsitzender ist Abg. v. Kardorff (Reichspartei), Stellvertreter Dr. Ottaker (Zentrum), Schriftführer Hr. v. Suol-Verenberg (Zentrum), Payer (Volkspartei) und Schippel (Sozialdemokrat). Die Freireichlichen gehören der Kommission an die Abgeordneten Richter, Hider, Herms, Hinge; von der Volkspartei Payer; von den Sozialdemokraten Vieblnecht, Meißner und Schippel.

In die Reichstags-Pankommission des Reichstages sind gewählt worden: Graf Klein-Schmeznig (Lanf.), Hr. v. Seemann und v. Kehler (Zentrum), v. Kardorff (Reichsp.), Siegel (natl.), Goldschmidt (frei.), und Singer (Soz.). Eine Novelle zum Strafgesetzbuch ist dem Reichstag zu gelangen, von lediglich juristisch-technischer Bedeutung. Es handelt sich darum, dem zweiten Absatz des § 276, den §§ 817 und 818, der Art. 4 des § 800, dem zweiten Absatz des § 864 eine

andere Fassung zu geben und hinter dem § 818 einen neuen Paragraphen, § 818 a, einzuschalten, sowie im § 807 Nr. 5 eine neue Nr. 5a einzuschalten. Hier soll die wissenschaftliche Wiederverwendung von Post- und Telegraphenwertheisen, welche bisher nur mit der Defraudationsstrafe des Postgesetzes geahndet werden konnte, in gleicher Weise bestraft werden, wie die wissenschaftliche Wiederverwendung von Stempelwertheisen. Ferner sollen auch im Interesse der Sicherheit des Telegraphendienstes auch solche Handlungen bestraft werden, welche den Betrieb der Telegraphenanstalt nicht schädigen, sondern nur gefährden, so z. B. die fabrikmäßige Beschädigung der Telegraphenleitungen, der Leitungen, der Isolirvorrichtungen. Ferner sollen die Strafbestimmungen zum Schutz der Telegraphenanstalten auch auf die Hochpostanlagen ausgedehnt werden. Weiterhin sollen die Bestimmungen über die unbedingte Herstellung u. s. w. von Stempeln zur Anfertigung von Geld auch auf die Herstellung von Stempeln, Platten u. s. w. ausgedehnt werden, welche zur Anfertigung in oder ausländischer Post- oder Telegraphenwertheisen dienen können. Endlich soll eine Strafbestimmung getroffen werden gegen die verbotswidrige Beförderung bezw. Versendung von solchen leicht entzündlichen Sachen, welche nicht zur Klasse der Sprengstoffe oder der sonstigen explosiblen Stoffe gehören, sowie um die Beförderung von ähnelnden Flüssigkeiten, da durch die Versendung solcher leicht entzündlichen Gegenstände, welche nicht zu den explosiblen Stoffen gehören, das Leben und die Gesundheit der Postbeamten, sowie die Sicherheit der Postsendungen — namentlich wenn eine Entzündung während der Eisenbahnfahrt in den engen Räumen des Bahnhofslokals stattfindet — aufs äußerste gefährdet werden können.

Von freisinnigen und nationalliberalen Abgeordneten ist im Reichstage ein Antrag eingebracht worden, welcher den Zweck hat, Mecklenburg zur Annahme einer Verfassung zu zwingen. Der von den mecklenburgischen Abgeordneten Dr. von Bar, Wäding, Dr. Pachtke und Dr. Witte gestellte und von einer großen Anzahl freisinniger und nationalliberaler Abgeordneter unterstützter Antrag lautet: Hinter Artikel 3 der Verfassung wird folgender Zusatz aufgenommen: In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.

Der Abgeordnete Goldschmidt (deutschfreisinnig) hat im Reichstage den Antrag eingebracht, den Artikel 61 des Handels-Gesetzbuches in folgender Weise abzuändern: Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalendermonats nach vorgängiger sechsmonatlicher Kündigung aufgehoben werden. Ist durch Vertrag eine kürzere oder längere Zeitdauer oder eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so hat es hierbei sein Bewenden. Beim Abgange können die Handlungsgehilfen ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugniß ist auf Verlangen der Handlungsgehilfen auch auf ihre Führung und ihre Leistungsfähigkeit auszudehnen. In Betreff der Handlungslehrlinge ist die Dauer der Lehrzeit nach dem Lehrvertrage und in Ermangelung vertragsmäßiger Bestimmungen nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauch zu beurtheilen. — Der stark-manchesterliche Standpunkt bleibt in diesem Antrag gewahrt. Seit Jahren fordern die Handlungsgehilfen, daß die Kündigungsfrist durch Gesetz festgesetzt und der „freie“ Vertrag, der zu dem Unfug selbst einseitiger Kündigungsfristen geführt hatte, aufgehoben wird. Herr Goldschmidt aber will diesen Krebsgeschaden nach wie vor gesetzlich sanktioniren.

Die Kommission zur Vorberathung des Entwurfs, betr. die Gewerbegerichte, fügte am Sonntag dem § 3 als Alinea 4 hinzu, daß die Gewerbegerichte ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes zuständig sein sollen für Streitigkeiten der Arbeiter untereinander, so weit diese Streitigkeiten zwischen bei demselben Arbeitgeber beschäftigten Arbeitern entstanden sind oder in einer gemeinsam übernommenen Arbeit ihren Grund haben. §§ 4 u. 5 wurden nach der Regierungsvorlage angenommen. § 6 bestimmt, daß die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung des Gerichts, so weit sie durch Einnahmen nicht gedeckt werden, von der Gemeinde oder vom weiteren Kommunalverbande zu tragen sind. Freier von Göttingen (deutsche Reichsp.) stellt den Antrag, diese Kosten dem Staate aufzuerlegen, und bestirvortele denselben. Gegen diesen Antrag wendeten sich Minister v. Böttcher, Dr. Gert, Greif. Nach Ablehnung des Antrags Göttingen wurde § 6 nach der Vorlage angenommen. § 7 sagt, daß ein Vorstehender (bei Gerichten mit mehreren Kammern mehrere Vorstehende), mindestens 1 Stellvertreter, sowie mindestens 4 Beisitzer zu berufen sind. Dr. Bachem beantragte, mindestens 6, Dreßbach mindestens acht Beisitzer zu berufen. Minister v. Böttcher sprach sich gegen diese beiden Anträge aus. Nach Verwerfung derselben wurde § 7 nach der Vorlage genehmigt. § 9 schlägt vor: Die Berufung der Mitglieder erfolgt auf mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre. Eine wiederholte Berufung ist nicht ausgeschlossen. Bachem beantragte folgende Fassung: Die Berufung der Mitglieder des Gewerbegerichts erfolgt auf drei Jahre mit der Maßgabe, daß jährlich ein Drittel derselben ausscheidet. Eine wiederholte Berufung ist nicht ausgeschlossen. Dreßbach stellte den Antrag, die Berufung auf zwei Jahre erfolgen zu lassen. Dr. v. Cuno (natl.) beantragte, auf mindestens ein Jahr und auf höchstens sechs Jahre die Mitglieder zu berufen, Dr. Miquel (natl.) zu sagen: Die Wahl der Mitglieder u. s. w. Nachdem Antrag Dreßbach abgelehnt und Antrag Cuno zurückgezogen worden waren, wurde § 9 mit den Anträgen Cuno-Miquel angenommen. Er lautet demnach: „Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf mindestens ein Jahr und auf höchstens sechs Jahre. Eine wiederholte Berufung ist nicht ausgeschlossen.“

## Arbeiterbewegung.

Spandan, 19. Mai. Eine Anordnung der Staatsabtheilung verbietet den darin beschäftigten Arbeitern, Geldsammlungen für streikende Arbeiter zu veranstalten.

Hamburg, den 17. Mai. Die Verhandlungen zwischen der Kommission der Eisenindustriellen und der Kommission der ausgesperrten Werk- und Eisenarbeiter haben heute einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Kommission der Arbeiter hat sich zur Annahme eines von der Arbeitgeber-Kommission abgefaßten Schriftstückes bereit erklärt, nach welchem die ausgesperrten Arbeiter im Laufe der nächsten Woche ohne Arbeitsnachweischein vom Stubbenhuk wieder in die verschiedenen Fabriken eintreten können. Doch kann nicht dafür garantirt werden, daß diejenigen, deren Pläze bereits besetzt sind, Arbeit finden. Dagegen verzichten die Arbeitgeber auf weitere Maßregelungen. Von beiden Seiten wird eine ständige Kommission, aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehend, gewünscht, welche als Schiedsgericht bei etwaigen Streitigkeiten fungiren soll. — Trotz der Abmachung, daß Maßregelungen nicht mehr stattfinden, sollen doch einige wenige meist kleinere Arbeitgeber, doch noch als Bedingung für die Wiederanstellung ihrer Leute den Austritt aus dem Fachverein verlangen. Wie das „Echo“ hört, wollen diese sich an die Kommission der vereinigten Industriellen wenden, um durch deren Einfluß die betreffenden Fabrikanten zur Zurücknahme dieser Forderung, auf die man unter keinen Umständen eingehen will, zu veranlassen.

In einer Versammlung der Bäckergehilfen in Leipzig wurde am 14. d. M., wie das „Chemn. Tgl.“ berichtet, beschlossen, zur Befreiung manniacher Mißstände im Backergewerbe im nächsten Jahre einen Ausstand in Scene zu setzen, bis dahin aber Gelder zu sammeln und die Organisation zu fördern. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Leipziger Bäckerinnung beschlossen habe, je einen Feiertag an den hohen Festen zu bewilligen.

Breslau. Etwa 800 noch im Streife befindliche Tischler-gefallen waren Donnerstag Nachmittag im Pariser Garten versammelt. Der Vorsitzende theilte mit, daß die überwiegende Mehrzahl der Fabrikanten die beständete Fabrikordnung; theils zurückgezogen, theils die streitigen Paragraphen gestrichen habe. Dennoch zeigte die Anzahl der Versammelten, daß noch eine große Zahl von Werkslätzen die von Meißner und Gesellen getroffenen Vereinbarungen nicht anerkennen wolle. Aus der Versammlung heraus wurde der Lohnkommission der Vorwurf gemacht, daß sie den Gesamtstreik zu früh in einen Theilstreik umgewandelt und gerade durch diese nur in Rücksicht auf die Kleinmeister geübte Nachgiebigkeit den Streik in die Länge gezogen habe. Der Vorsitzende erwiderte darauf, daß gerade der Theilstreik es ermöglichte, die noch ausständigen Gesellen besser zu unterstützen; außerdem käme es dabei der Bewegung zu nützen, daß die noch streikenden Werkslätzen nun fürchten müssen, ihre Arbeit an bereits arbeitende Konkurrenten zu verlieren. Als Werkstätten, die der Erfüllung der Vereinbarungen hauptsächlich widerstehen, wurden diejenigen von Ruweke, Wolke und Ernst Kanter, Kreisamer, Danke und Kuh genannt. Zum Schluß theilte der Vorsitzende mit, daß durch Listen eine genaue Feststellung der augenblicklichen Ausdehnung des Streikes getroffen werden solle, und daß am nächsten Sonnabend wiederum die Streikunterstützung ausgezahlt werden wird.

Prag, 19. Mai. In einer von über 7000 Bergarbeitern des gesammten Pilsner und Mieser Gebietes besuchten Versammlung wurde gestern als Erwiderung auf die ablehnende Haltung der Bergleitungen nach langer stürmischer Debatte einstimmig beschlossen, in allen Bergwerken beider Gebiete die Arbeit einzustellen.

## Gerichts-Beitrag.

Eine Rede, die der Schankwirth Heinrich Nürnberg am 23. August v. J. im Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthschaft hielt, hat ihm eine Kullage wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten zugezogen, welche gestern in der zweiten Instanz verhandelt wurde. Sowohl der Staatsanwalt wie der Angeklagte hatten Berufung eingelegt, letzterer, weil der Angeklagte nicht zu einer Freiheitsstrafe, sondern nur zu einer Geldstrafe verurtheilt worden war, der letztere, weil er überhaupt unschuldig sein wollte. In jenem Vortrage hatte der Angeklagte mitgeteilt, daß er seitens des Polizeipräsidenten auf ein Gesuch um Verlagerung der Polizeistunde eine abschlägige Antwort erhalten habe und hieran noch eine Reihe Bemerkungen geknüpft, von denen die Aeußerung: „Der eine Bürger ist dem Polizeipräsidenten angenehmer, den anderen tritt es mit Füßen“ die Grundlage zu obiger Kullage bot. Wie in erster Instanz, beklundeten auch im zweiten Termin der Vorsitzende und der Schriftführer des Vereins, sowie noch mehrere einwandsfreie Zeugen, die ganz in der Nähe des Redners saßen, daß sie die beabsichtigte Aeußerung nicht gehört hätten. Ihnen gegenüber stand nur das bestimmte Zeugniß des überwachen Polizeileutnants, welcher diese Aeußerung sofort in sein Konzeptbuch wörtlich niedergeschrieben. Dem Gerichtshof genügte dies Belastungszeugniß, er fand sich aber nicht veranlaßt, an dem ersten Urtheil etwas zu ändern, sondern bestätigte es unter Verwerfung der beiderseitigen Berufungen.

## Versammlungen.

Achtung! Die am Dienstag, den 20. Mai einberufene Versammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins im Neujährts-Volksgarten, Proskauerstraße 37, findet nicht statt.

Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend hielt am vergangenen Sonntag Vormittag im Saale von Jäger, Wilsnaderstr. 63, eine öffentliche Versammlung ab, um den Moabitern Rechnung zu tragen und ihnen den Beitritt zur Organisation zu erleichtern. Das Interesse, das dieser Versammlung entgegengebracht wurde, war leider kein großes, wie der schwächliche Besuch bewies. Die Versammlung nahm von projektirten Vorträgen, der auf der Tagesordnung stand, Abstand, und trat nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten in allgemeine Verhandlungen ein. Der Vorsitzende, Herr Wernau, führte zunächst an, daß von der Vereinigung im Frühjahr 1889 an die Stadtverwaltung eine Petition gerichtet worden sei, dahingehend, die städtischen Bauten in Zukunft nicht an Unternehmer zu vergeben, sondern dieselben in eigene Regie zu übernehmen und die Arbeiten von den Arbeitern oder Arbeitergruppen selber fertig stellen zu lassen. Zur Information der jungen Kollegen, welche mit der Materie nicht genügend vertraut sind, brachte Herr Wernau den Inhalt der besagten Petition noch einmal zur Kenntniß der Versammlung, sowie deren Begründung zum Beweise dafür, daß die Belenten mit ihrem Gesuche auf dem richtigen Wege seien und daß das jetzt beliebte Submissionswesen ein verkehrtes ist. Hierauf ist dem jetzigen Vorsitzenden, Herrn Freidank, seitens des Magistrats die Antwort geworden, daß derselbe sich mit der Petition nicht befassen könne, da der Magistrat anderweitig vollaus in Anspruch genommen sei. Seitens des Vorstandes der Freien Vereinigung ist dieselbe Petition darauf nochmals an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet worden und ruht die Petition gegenwärtig im Schooße des Petitions-Ausschusses. Anknüpfend hieran jagt Herr Wernau eine Parallele mit den hiesigen Zuständen und derjenigen in dem „wildem“ Paris mit seinen Arbeiter-Syndikaten und den vom Gemeinderathe getroffenen arbeiterfreundlichen Anordnungen. Würden hierorts derartige Verhältnisse Platz greifen, so würde dies seitens der Arbeiter dankbar anerkannt werden. Bezüglich der gedachten Antwort des Magistrats, daß er keine Zeit habe, sich mit der Petition beziehungsweise der in der Petition angeregten Angelegenheit zu befassen, nahm Herr Wernau auf Grund der in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten Zusammenstellung der städtischen Hochbau-Verwaltung des Bauathleten in Veranlassung darauf hinzuweisen, daß es sehr wohl möglich sei, eine genügende Verwaltungsorganisation zu schaffen, sowie die Stadt Berlin der größte Arbeitgeber im Baufache sei, daß bei diesem ungezählte Steuerzahler ihr Brot zu suchen genöthigt sind, und daß es demzufolge dringend geboten erscheine, geregelte und gesicherte Verhältnisse zu schaffen. Dies zu erreichen müsse die Aufgabe der Arbeiterchaft sein und würde dieses Ziel leichter zu erreichen sein, wie Herr Freidank bemerkte, wenn die Organisation groß und stark wäre, was heute leider noch immer nicht der Fall sei, weshalb Redner einen dringenden Appell an die Berliner Kollegen richtete, sich der Freien Vereinigung anzuschließen. Hiermit wurde dieser Gegenstand verlassen und genehmigte die Versammlung hierauf folgende Resolution: „Die heute im Lokale von Jäger tagende Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend erkennt das Votum von Jäger, Wilsnaderstr. 63, als Berichtslokal an und erwirbt von den Moabitern Kollegen, daß sich dieselben des Sonntags Vormittags doerselbst kollegialisch zusammensuchen.“ — Die vierstellige zeitige eine längere Erörterung. Die Entscheidung hierüber wurde bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung vertagt, welche am kommenden Donnerstag die Oeschel, Sebastianstr. 39, stattfindet. In derselben werden auch an Interessenten Exemplare der eingangs erwähnten Petition zur Vertheilung gelangen. Zum Schluß forderte Herr Wernau nochmals auf, das ständige Bureau mehr als bisher zu informieren und für die Organisation zu agitiren, um die ortsanfässigen Familienväter und Steuerzahler von der Straße und in Arbeit zu bringen. Sechs neue Mitglieder traten der Freien Vereinigung bei. Nachdem noch die allgemeine Lage einer Absperrung unterzogen worden war, wurde die Versammlung geschlossen. — Demnach wird in Moabit eine abermalige Versammlung stattfinden.

**Theater.**  
 Dienstag, den 20. Mai.  
**Opernhaus.** Fild und Blod.  
**Schauspielhaus.** Die Quigow's.  
**Berliner Theater.** Demetrius.  
**Deutsches Theater.** Der Compagnon.  
**Leistung-Theater.** Die große Glocke.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater.  
 Der arme Jonathan.  
**Wallner-Theater.** Händchen (Vébe).  
 Guten Morgen, Herr Fischer.  
**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.  
**Stend-Theater.** Die Pariser Bluthochzeit.  
**Festung-Theater.** Marquise.  
**Fellalliance-Theater.** Der Nautikus.  
**Adolf Ernst-Theater.** Der Goldsucher.  
**Gebr. Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Englischer Garten**  
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.  
**Gröffnung des Sommergartens und Bühne.**  
 Täglich Auftreten erster Spezialitäten.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags und Sonntags 30, 60 u. 75 Pf., im Vorverkauf 30 u. 50 Pf.  
 Der Garten ist an Vereine für Sommerfestlichkeiten mit Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.  
 Address.

**Stabliffement Buggenhagen am Moritzplatz.**  
 Täglich:  
**Grosses Garten-Concert.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Wochentags 10 Pfg.  
**Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.**  
 Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Auswahl von Bismarck'scher Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.  
 641 F. Müller.

**Variété-Theater. (Hasenheide)**  
 Herrmannstr. 18 — Neue Strasse 18.  
 In dem vollständig neuen, schattigen Garten: 275  
**Concert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Vollständig neues Programm.  
 Im großen Saale: Ball.  
 Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.  
**Passage 1 Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.**  
**Kaiser-Panorama.**  
 Nur diese Woche:  
 Vielen Wünschen entsprechend: 1. Reise d. Norwegen. Dritte Wanderung durch den Garg.  
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.  
 Abonnement 1 M.  
 Jede Woche andere Reisen.

**Wannsee. Café Alsen.**  
 Volksbelustigungen aller Art. Drei Säle, zwei Regelbahnen, mehrere Gondeln und Kähne, Ausspannung für 100 Pferde stehen zur Verfügung.  
**Vereinen** Das Lokal liegt am Wasser und von Wald umgrenzt.  
 17 Hochachtungsvoll  
 Robert Julius Bloch.

**Geschäftshaus S. Heine.**  
**Chausseestraße 14.**  
 Die schönsten  
**Kinderkleider u. Mäntel**  
 für Mädchen jeden Alters, sowie  
**Morgensröcke, Unterröcke, Blousen und Tricottailen**  
 auch im Einzelverkauf sehr billig!  
 Kasabestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!  
**Chausseestraße 14.**  
**Geschäftshaus S. Heine.**

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Den Genossen** empfehle bei Bedarf mein  
**Kerren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft.**  
**Wilh. Pahr,** Nr. 8 am Pappelpl.

**Achtung, Bildhauer!**  
 In der Werkstatt **Götze, Fruchtstrasse 25**, sollten die Kollegen wieder im Afford arbeiten, dieselben leiten infolge dessen die Arbeit nieder.  
 Ferner machen wir auf die Dedadressen: **Freitag, Gollnowstraße 19**, und **Köpnickerstrasse 115**, Quergebäude 3 Tr., aufmerksam. Wir ersuchen die Kollegen, die Werkstatt **Götze** zu meiden und sich durch die Dedadressen nicht irreleiten zu lassen.  
 [494] **Die Kommission.**

**Oeffentliche Versammlung der Brauergesellen von Berlin und Umgebung**  
 heute, Dienstag, den 20. Mai 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in Joël's (früher Keller's) Sälen, Andreasstrasse No. 21.  
 Tagesordnung:  
 1. Unser Streik und seine gegenwärtige Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Gäste sind willkommen.  
 Die Lohnkommission der Brauergesellen von Berlin und Umgebung. 495

**Oeffentliche Versammlung sämtlicher in der Wollbranche beschäft. Arbeiterinnen**  
 am Mittwoch, den 21. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Stadtv. Herrn O. Heindorf über: Die Stellung der Frau in der Industrie. 2. Statutenberatung. 3. Verschiedenes.  
 Männer haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet  
 448 **Die Einberuferin:** Frau Emilie Nicolay.

**Große öffentliche Versammlung der Mechaniker u. Berufsgen.**  
 Berlin und Umgegend  
 am Mittwoch, den 21. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee Nr. 11-13.  
 Tagesordnung: 1. Weitere Berichterstattung des Fünfer-Streik-ausschusses und Stellungnahme gegen die Prinzipale, welche unsere Forderungen nicht bewilligen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Pflicht aller Kollegen ist es, zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 501 **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Volksversammlung für Rixdorf und Umgegend**  
 Dienstag, den 20. Mai 1890, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Barta, Bergstraße 120.  
 Tagesordnung:  
 1. Die Anschauung der verschiedenen Gesellschaftsklassen über die Kultur-entwicklung unserer Zeit. Referent: Fritz Krüger. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission des Arbeiter-Bildungsvereins und Statutenberatung. 4. Wahl eines provisorischen Vorstandes für denselben. 5. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Einwohners, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 [487] **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 2. Wahlkreis**  
 am Mittwoch, den 21. Mai 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße.  
 Tagesordnung:  
 1. Arbeiterschuh-Gesetz. Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter Wollenbühr. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 502 **Der Vorstand.**

**Große öffentliche Versammlung der Former und Berufsgenossen**  
 Mittwoch, den 21. Mai, Nachmittags 1 1/2 Uhr, im „Eiskeller“, Chausseestraße.  
 Tagesordnung: 1. Die Lage des Streiks. 2. Wie stellen wir uns zu der in Aussicht genommenen Streik-Kontrollkommission? Referent: Reichstags-Abgeordneter Th. Schwarz. 3. Verschiedenes.  
 NB. Die diesmalige Auszahlung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 [508] **Der Einberufer.**

**Filiale II. West der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 heute, den 20. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaur. Königshof, Bälowsstr. 97.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisitzers. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — Zahlreiches Erscheinen bringend notwendig.  
 497 **Die Bevollmächtigten.**

**Weissensee. Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.**  
 Am Mittwoch, den 21. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale **Langhansstrasse 106** zu Neu-Weißensee:  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Die Arbeitslöhne und die Steuern. Referent: Emil Schabe. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Gäste willkommen.  
 507 **Der Bevollmächtigte.**

**Verband deutscher Mechaniker und verw. Berufsgenossen.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Die ordentliche Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 21. Mai, fällt aus. Beiträge werden entgegengenommen im **Arbeitsnachweis**, Annenstraße 10, und beim **Kassier H. Weinert**, Grünthalerstraße 63, jeden Abend von 8 1/2-9 1/2 Uhr, Sonntags Vormittags von 11-12 Uhr.  
 [503]

**Achtung! Klempner!**  
 Kollegen! Von vielen Seiten haben wir gehört, dass in den Werkstätten, in welche Kupferschmiede streifen, Klempner die Arbeit aufgenommen haben. Wir werden, sollten die Klempner dort von heute an weiter arbeiten, dieselben als Streikbrecher zu behandeln wissen.  
**Der Vorstand** 492  
**des Vereins der Klempner Berlins und Umgegend.**

In der Bauklempnerei von **Kunitz, Stallschreiberstr. Nr. 5**, sind einige Kollegen gemahregelt, weil sie dem Vorstände angehören resp. Mitglied des Vereins der Klempner sind. Wir ersuchen die Kollegen, diese Werkstatt zu meiden.  
 493 **Der Vorstand.**

**Achtung, Tischler!**  
 Folgende Werkstätten sind wegen Maßregelung von Kollegen bis auf weiteres zu meiden:  
**Kapler** (Altiengefellenschaft), Prinzen-Allee 75-76.  
**Neumeier** (Werkstatt für Klaviere), Briherstraße 7.  
 498 **Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.**  
 Das gr. Lager Berlins  
**Kinderrwagen.** Andreasstr. 23.

In unserer Expedition, Beuthstraße 3, vorrätig:  
**Einbanddecken**  
 zur  
**Berliner Arbeiterbibliothek.**  
 Serie I. (Heft 1-12).  
 Preis: 30 Pfennige.

**Große öffentl. Versammlung der Müller**  
 und verwandter Berufsgenossen am **Mittwoch**, den 21. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, in **Scheffer's Salon.**  
 Tagesordnung: 488  
 1. Wie stellen sich die Kollegen zu dem Beschl. des Zentral-Vorstandes deutscher Müllergesellen resp. die Entscheidung des Ausschusses betref. der Delegiertenwahl zum Delegiertentag in Halle a. d. S. event. Wahl der Delegierten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Um vollständiges Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

**Große Versammlung des Fachvereins zur Wahrung der Interessen aller in der Wirkerbranche beschäftigten Arbeiterinnen**  
 Dienstag, den 20. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, im Restaurant **Königsstadt-Kasino**, Holzmarktstraße 72.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn **Werner** über den Nutzen und Werth der Gewerkschaftsorganisation im Allgemeinen und der Arbeiterinnen in der Wirkerbranche im Besonderen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Herren haben als Gäste Zutritt.  
 Im Interesse des Vortrages und der jetzt so starken Bewegung in unserem Gewerbe ist es Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.  
 490 **Die Einberuferin.**  
 Berichterstatte sind freundlichst dazu eingeladen.

**Fachv. d. Tischler.**  
 Morgen, **Mittwoch**, den 21. Mai, Abends 9 Uhr, in **Jordan's Salon**, Neue Grünstraße 28:  
**Vorstandssitzung.**  
 NB.: Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge regelmäßig zu entrichten, da allmählich eine größere Summe an Gemahregelte ausgezahlt wird.  
 Von den Arbeitern der Weichstein'schen Fabrik für Gemahregelte 16 M. erhalten.  
 510 **Der Vorstand.**

**Berein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher.**  
**Versammlung**  
 heute, Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale **Inselstraße 10** bei Scheffer.  
 Tagesordnung:  
 Vortrag von **W. Werner**. Diskussion. 511  
 Die neu aufgenommenen Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher abzugeben.  
 Zahlreiches Erscheinen notwendig.  
**Der Vorstand.**

Die dem Schneidermeister **Hanisch** zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück.  
**O. Seidler.** [512]  
**Ehrenerkklärung.** Ich nehme die gegen den Schlosser **O. Schwab** öffentl. ausgesproch. Beleidig. als überlistet zurück u. erkl. dens. f. einen Ehrenmann. Duat.  
**Ehren-Erklärung.**  
 Die in Bezug auf die Ehefrau **Dames** gethane beleidigende Aeußerung nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe in allen Punkten für unwahr.  
 512 **F. Krause.**

**Rohtabak A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl.**  
**Garantirt scharf brennende Tabake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1653 Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt.**

**Resterhandlung.**  
 Ausnahmungsweise billige Vurschen- und Knaben-Anzüge, sowie  
**Rester aller Art.** [496]  
**Karle, Waldemarstr. 66.**  
**Kinderrwagen u. Reijeförbe**  
 allergrößte Auswahl, über 200 Stüd, billigste Preise, **Invalidenstr. 105.**

Unserem Freunde **Theodor Hahn** zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche von seinen Berliner Kollegen.  
 Ob darnach der Bier-Gahn kräftig?

Allen Freunden und Bekannten Nachricht, dass meine Frau nach zehnwöchentlichem Krankenlager am 16. d. M. verschieden ist. — Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Begräbnishalle Birkenstraße 62-64 aus statt.  
**Familie Ebling.**

**Grabdenkmäler**  
 in **Marmor, Syenit und Granit** fertigt zu den solidesten Preisen  
**A. Zabel,**  
 Schönhauser Allee 100.

**Gehrte Kollegen!**  
 Hierdurch die ergebene Mitteilung, dass ich **Kl. Kurstrasse 10** ein **Beij- u. Bairisch-Bier-Salon** eröffnet habe. Gleichzeitg steht ein Vereinszimmer für 40-50 Personen zur Verfügung.  
**H. Kanzow.**

**Bruchbänder**  
 u. s. w. dauerhaft gearbeitet, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt  
**J. Ch. Pollmann,**  
 30 Linienstraße 30.  
 Lieferant f. sämtl. Frankenkassen

**Maiblumen-Engros-Verkauf** in der Blumen- und Blumengeschäft von **J. Meyer, Kläberstr. 38**, in der Ecke bei der Mantelstraße.  
 Allen Genossen empfehle mein  
**Schuhwaaren-Geschäft**  
**Skaltzerstrasse 125.**  
**J. Grinmann.**

**Rob-Tabak** sämtlicher Sorten.  
 Grösste Auswahl, billigste Preise.  
 667 **G. Elkhuyzen, Münstr. 10.**

Freunden und Bekannten, sowie meiner werthen Nachbarschaft empfehle bei Bedarf meine  
**Cigarren-Geschäfte**  
 Eig. Fabrikate. Verk. z. Engros-Preisen.  
**E. Storde, Universitätsstraße 24.**

**Tischlerei** für jede vorkommende Arbeit, für Modell, Bau von Möbel, Glaserei, Einrahm. aller Arten Bilder, Schleifen u. a. m. Demnitzstraße 4, **W. Abraham, Querg.**

Kräftigen Mittagstisch empfiehlt  
**Kramer, Koch- u. Wilhelmstr.**  
**Albert Auerbach,**  
 Berlin S., Kottbuser Danm nahe der Kottbuser Grände.  
**Schuh- und Stiefel-Lager**  
 für Herren, Damen und Kinder.  
**Reelle Bedienung, Feste Preise.**  
 Anst. j. Mann f. g. Schlafst. (Stadl allein) 7 M. b. Claus, Halle'sches U. Nr. 15, Hof links 4 Tr.  
 Fred. Schlegel, Köpnickestr. 7, w. 8 Tr. b. Schlager. Volksbl. f. m. gel.

**Arbeitsmarkt.**  
 Zwei tüchtige Kupferschmiede werden sofort verlangt  
**Emil Engelmann, Kupferschmiedemeister, Köpenick, Müggelsheimerstr.**  
 Ein **Grundirer-Meister**, der eine Grundirerei selbstständig kann, wird nach außerhalb verlegten Meldungen bei **A. Werkmeister**, Schmidstraße 8 a.  
**Kartonarbeiterinnen und -Arbeiter**  
 wird Arbeit nachgewiesen durch die Kommission, Andreestraße 26 bei Polymann.

# 1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 114.

Dienstag, den 20. Mai 1890.

7. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 19. Mai, 1 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Berlesch.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, wird fortgesetzt.  
Abg. Grillenberger (Soz.): Wir haben es gegenwärtig mit der Beratung einer Vorlage zu thun, die nach jeder Richtung eine Folge der modernen Arbeiterbewegung zu betrachten ist, obwohl nach den unzweifelhaft vorhandenen guten Seiten, die sie hat, als auch in denjenigen Punkten, in welchen eine Verbesserung des heutigen Zustandes herbeigeführt werden soll. Wir haben gleich zu Beginn der laufenden Session einen Arbeiter-Gesetzentwurf eingebracht, ebenfalls in Gestalt einer Novelle zur Gewerbeordnung; ich bedauere, daß derselbe nicht zugleich mit dem vorliegenden Entwurf zur Debatte gelangen kann. Wir werden insolge dessen genöthigt sein, die Grundzüge des selben als Einzelanträge bei der Spezialberatung, resp. in der Kommission vorzulegen. Schon vor fünf Jahren sind wir mit einem derartigen selbstständigen Entwurf vorgegangen; ich habe ihn damals im Auftrage meiner Fraktion begründet. Es ist aus dem Entwurfe nichts geworden; man ging über unsere Vorschläge in die Länge und bog hinweg. Vielleicht lag das an der damaligen sozialpolitischen Situation, welche jetzt eine wesentlich andere geworden ist. Wenn wir uns auch nicht übertriebenen Hoffnungen hingeben, so können wir doch sagen, daß die in der Zwischenzeit geschehenen Dinge die Hoffnung nicht als ganz verfehlt erscheinen lassen, daß wenigstens Einiges für die arbeitenden Klassen bei der gegenwärtigen Beratung herauskommt. 1885 war es erst vier Jahre her, daß die bekannte kaiserliche Volksliste ergangen war; das damalige Regierungssystem, die damalige Reichstagsorganisation glaubte dieser Volksliste nicht anders entsprechen zu können, als durch die Zwangnahme einer Versicherungsgesetzgebung, von welcher Herr von Bötticher in den jüngsten Tagen selbst gesagt hat, daß dabei Ungeschicklichkeiten begangen seien. Wenn auch die Absicht der Regierung immerhin die gewesen sei, die Lage der Arbeiter zu bessern, was die Ungeschicklichkeiten betrifft, so bin ich in der Lage, den Herrn Staatssekretär mein volles Einverständnis zu erkennen zu geben. Ich und viele Ungeschicklichkeiten als Geschicklichkeiten in dieser Gesetzgebung begangen worden. In den ersten gehörte wohl vor allem das in der ärztlichen Praxis längst aufgegebenen Verordnungen, nur für wirklich eingetretene Schäden eine nothdürftige Regelung zu suchen, nicht aber vorbeugende Maßregeln zu treffen. Eine weitere Ungeschicklichkeit lag in dem Bestreben, das Recht der Selbstbestimmung für die Arbeiterklasse zu unterdrücken, jede Regelung durch die Arbeiter selbst illusorisch zu machen. Das ist besonders in dem durch die drei Versicherungsgesetze angewandten Wahlverfahren hervor, wo die Arbeiter herzlich wenig zu sagen haben, wo das Hauptgewicht darauf gelegt wird, daß die Oberkommandirenden der Zwangsklassen den Ausschlag geben und die Angehörigen der freien Hilfsklassen nicht bloß von diesem Rechte ausgeschlossen, sondern auch materiell gewaltig gezwungen werden. Diese Ungeschicklichkeiten kann man nicht oft genug hervorheben, vielleicht, daß man doch endlich selbst in den bestehenden Kreisen sich dazu bequemt, Verbesserungen eintreten zu lassen. Selbstkenntnis ist immerhin ein Weg zur Verbesserung. Dem Gebiete der 1885 von uns verlangten zweckmäßigen und unabhängigen Arbeiterstatistik ist seitdem nichts geschehen; Lohnstatistiken der Berufsvereinigungen sind absolut unzureichend, umfassen bloß einen Theil der Arbeiter und gewähren daher keinen richtigen Ueberblick über den wahren Stand der Lohnverhältnisse und die ganze Lage der arbeitenden Klassen. Die Durchschnittsziffern dieser Statistik werden nach bei solchen Gelegenheiten, wo sie der Regierung nicht zum Kram passen, von dieser als unzuverlässig bei Seite geschoben. Andererseits sind aber doch nicht zu unterschätzende Schritte gemacht. Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1889 sind ein Beweis dafür, daß man seitens der neuen Regierung der Sache zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter gehen kann, sondern daß etwas geschehen muß, um den berechtigten Forderungen der Arbeiter wenigstens einigermaßen entgegen zu kommen. In der Zwischenzeit hat vor allem der große internationale Arbeiterkongress zu Paris stattgefunden, der von Delegirten der Arbeiter aller Länder aus allen Theilen der Erde befehligt war, wo man nicht nur den Umfang der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern hauptsächlich über rein praktische Fragen berath, wie sie für die Arbeiterklasse in der ganzen Welt ziemlich gleichbedeutend sind. Es wird ja offiziell auch nicht mehr geleugnet, daß bei der Einberufung der internationalen Konferenz nach Berlin auf die Beschlüsse Rücksicht genommen worden ist, welche jener Kongress von 1889 festgestellt hat. Insbesondere heißt es in dem kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar, man müsse eintreten in die Beratung derjenigen Fragen, welche von den Arbeitern auf internationalen Wege in Betracht genommen worden seien. Diese Beschlüsse sind also von nicht zu unterschätzendem Einflusse auf die Beratung der Konferenz gewesen; hoffen wir, daß dieser Einfluß auch ferner in gleicher Weise wirksam bleiben wird. Unser Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, der ja bis zu einem gewissen Grade als ein Gegenentwurf gegen die Vorlage betrachtet werden muß, hat seitens der Presse eine sehr verschiedenartige Beurtheilung gefunden. Ein Theil der freisinnigen Presse hat ihn sehr ablehnend, ein anderer wohlwollend behandelt, wenn auch vielleicht nicht vom richtigen Standpunkte aus, weil eben die Leute, welche sich heute vielfach berufen glauben, ein Urtheil in Arbeiterfragen abgeben zu können, von uns als kompetent dazu nicht angesehen werden. So hat u. A. die „Frankfurter Zeitung“ ausgesprochen zu haben geglaubt, daß es sich ja bei unserem Schutzgesetz bloß um eine Demonstration handeln könne, da wir ja doch der Ueberzeugung sein müßten, daß gegenwärtig an die Durchführung dieser Vorlesungen noch zu denken sei. Wenn wir zu einer derartigen Materie Stellung nehmen, können wir nicht daran denken, zu demonstrieren, sondern meinen allerdings, daß das von uns Gewachte durchgeführt werden kann und muß auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Dasselbe Blatt geistigt übrigens auch zu, entgegen seiner früheren Auffassung, daß unsere Vorlesungen thatsächlich geeignet seien, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung durchgeführt zu werden. So fassen wir die Sache auf, und zwar in vollem Ernste. Herr Schröder hat am Sonnabend die Hoffnung ausgesprochen, es möchte bei der Beratung dieses Entwurfs auf einen Boden gelangen sein, auf dem man auch mit den Sozialdemokraten verständigen könnte. Ich muß die Anschauung zurückweisen, daß wenn man bisher mit uns nicht hätte verhandeln können, wir haben eine ganze Reihe praktischer Vorschläge zu den Verbesserungen gegeben und auch zur Gewerbeordnung gemacht, die bei weitem guten Willen der herrschenden Klassen wohl hätten durchgeführt werden können. Es liegt aber an den anderen Klassen und Parteien, zu uns zu kommen, sich zu etwas mehr als bisher

zu bequemen, nicht mehr alle Vorschläge zurückzuweisen, bloß weil sie von uns kommen. Mögen Sie von Ihren Klassenvorurtheilen und Bestrebungen ab- und zu uns herüberkommen; dann werden sich die Verhandlungen so glatt abwickeln, daß es eine wahre Freude sein wird. (Heiterkeit.) Die kaiserlichen Erlasse sind von der deutschen Arbeiterschaft durchweg sympathisch aufgefaßt worden. Das hat ja gerade der Erfolg bei den Reichstagswahlen bewiesen. (Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen.) Diejenigen allerdings, welche glaubten, daß mit diesen Erlässen den Sozialdemokraten der Wind aus den Segeln genommen sei, bei den Kartellparteien und anderswo, haben sich ganz gründlich getäuscht. Denn die Arbeiter sagten sich unserer Ansicht nach ganz richtig: Wenn in einem so weiten Maßstabe unsere Forderungen als berechtigt anerkannt werden, dann haben wir erst recht Ursache, Sozialdemokraten zu wählen, damit in der Gesetzgebung nicht wieder Ungeschicklichkeiten wie bei den Versicherungsgesetzen begangen werden. Gewiß sind in erster Linie der Militarismus der steigende Steuerdruck von wirksamem Einflusse auf das Wahlergebnisse gewesen. Aber gerade die zahlreiche Vermehrung der Arbeiterstimmen erklärt sich vor Allem aus der Erwägung, daß auch auf dem Boden der Sozialreform endlich etwas Ersprießliches geleistet werden müsse, daß die Versicherungsgesetzgebung auch nicht annähernd ausreichend gewesen sei. Der Abgeordnete und Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann hat am Sonnabend für sich und die Konservativen und das Zentrum das ganz besondere Verdienst in Anspruch genommen, daß sie die Arbeiterschutzbewegung in Fluß gebracht hätten. Es nimmt sich drollig aus, wenn man derartige Versicherungen hier hören muß, wo es denn überhaupt eigentümlich ist, daß, wenn solche Materien endlich in Angriff genommen werden, alle Parteien behaupten, sie seien eigentlich die Urheber gewesen, und die Sozialdemokraten hätten gar nicht das Recht, irgend einen Anspruch in dieser Richtung zu erheben. Derselbe Abg. Hartmann hat es für unmöglich erklärt, den Maximalarbeitszeit für männliche Arbeiter einzuführen, und das Zentrum gebeten, von ihrem früheren ditzbezüglichen Standpunkte zurückzukommen. Es wäre traurig genug, wenn die Herren das thäten. Schon 1869 hat neben dem Sozialdemokraten Schweiger, der allerdings in dem dringenden Verdachte stand, ein Staatssozialist zu sein, der konservative Herr v. Brauchitsch darauf gedrungen, daß ein Maximalarbeitszeit für 11 Arbeiter durchgeführt werde. Die Herren Konservativen haben auf diesem Gebiete nicht nur nichts gelernt, sondern auch einen Rückschritt gemacht. Seit dieser Zeit sind verschiedene bedeutende Sozialpolitiker abhanden gekommen, wie Wagner und Rudolf Meyer, die jedenfalls auf diesem Gebiete erheblich mehr verstanden, als gewisse sozialpolitische Geheimräthe, die auch in diesem Hause sitzen. Haben wir also die kaiserlichen Erlasse sympathisch begrüßt, so haben wir uns doch nicht verhehlt, daß zwischen einem kaiserlichen Versprechen und der Realisirung auf gesetzlichem Wege noch ein langer, weiter Weg ist, auf dem verschiedene Meilensteine stehen. Sofort nach dem Erscheinen der Erlasse haben zunächst sämtliche Parteien erklärt, daß sie das längst selbst gewollt hätten. Dazu gehörten auch die hartgesottensten Manufakturleute. Aber es dauerte nicht lange, da erklärten zunächst die Feindesberger Gentleman, vertreten durch die Kölnerin, daß in Bezug auf den Arbeiterschutz die kaiserlichen Erlasse doch wohl zu weit gingen. Es sei vielmehr am Platze, jetzt einmal von einem Arbeiterschutz zu reden. Diese Saite der kölnischen Harfe ist neuerdings auch von Herrn Hartmann gerührt worden. Ich denke, bis jetzt haben die Unternehmerklassen, die Kapitalisten, Bourgeois, Agrarier und Junker es wohl verstanden, die Gesetzgebung wenigstens nicht zu ihrem Nachtheile auszufragen zu lassen. Jetzt heißt es fast einstimmig, die Sache dürfe nicht überstürzt werden. Der Schluppassus in dem Regierungsentwurf, welcher von der Veränderung der Paragraphen über den Kontrollbruch und die Koalitionsfreiheit handelt, ist der beste Beweis dafür, daß diese Einflüsterungen, ja diese Verheugung von der Unternehmerpresse ihre Wirkung nicht ganz verfehlt haben. Ein großer Theil dieser Verheugungen ist einfach durch das Unternehmertum den Arbeitern eskamotirt worden. In den kaiserlichen Erlässen war die Rede von einer Verkürzung der Arbeitsdauer und von einer Regelung der Arbeit derart, daß die Gesundheit, die Sittlichkeit und das wirtschaftliche Bedürfnis der Arbeiter, sowie der Anspruch der Arbeiter auf eine gesetzliche Gleichberechtigung gewährleistet werde. Ich gebe gerne zu, daß in Bezug auf die Erhaltung der Gesundheit und die Gebote der Sittlichkeit Verschiedenes in dem Regierungsentwurf enthalten ist, was als durchaus zweckentsprechend bezeichnet werden kann und von uns mit Vergnügen akzeptirt wird. Von einer gesetzlichen Gleichberechtigung der Arbeiter aber ist in dem Entwurfe nichts zu spüren. Im Gegentheil, diese Strafbestimmungen, die ungläublich verschärft sind, sind nichts anderes als eine Art Entschädigung für das Unternehmertum, welches die Aufhebung des Sozialistengesetzes fürchtet, eine neue Art von Sozialistengesetz, durch welches den Unternehmern ein kleiner Trost in ihrer Betrübnis über die Abschaffung des eigentlichen Sozialistengesetzes gewährt werden soll. Ebenso ist auch in dem Gesetzesentwurf in Bezug auf die Regelung der Zeitdauer und der Art der Arbeit mit einer Halbheit vorgegangen, die von uns lebhaft bedauert werden muß. Das in industrieller Beziehung weit hinter uns stehende Oesterreich hat schon vor fünf Jahren einen elfstündigen Normalarbeitszeit für alle Arbeiter durchgeführt und damit wenigstens einen Anfang gemacht. Schon früher ist in dieser Beziehung die Schweiz vorgegangen, ohne Furcht vor der deutschen Konkurrenz. Man sollte meinen, daß es, nachdem die internationale Konferenz in Berlin stattgefunden hat, ein Leichtes gewesen wäre, sich nach dieser Richtung hin den Schweizern und Oesterreichern anzuschließen. Freilich scheint man seitens der herrschenden Gewalten eine Art von Doppelspiel zu spielen. Man hat den Normalarbeitszeit für die Arbeiterinnen eingeführt und in einigen anderen Paragraphen davon gesprochen, daß in den Fabriken im Interesse der Sittlichkeit die Trennung der Geschlechter möglichst durchgeführt werde, und in den Paragraphen 120d einen Passus eingefügt, daß es dem Bundesrath überlassen sein solle, in allen Betrieben, wo eine besonders übermäßig lange Arbeitszeit noch vorhanden sei, die Länge der Arbeitszeit festzustellen. Damit hat man geglaubt, eine Befriedigung auf beiden Seiten hervorzurufen. Den Arbeitern sagt man, durch die Einführung des Normalarbeitszeit für die Arbeiterinnen werden die Unternehmer gezwungen werden, auch einen Normalarbeitszeit für die männlichen Arbeiter einzuführen, den Arbeitgebern sagt man, der Normalarbeitszeit für die Arbeiterinnen bedeutet noch lange keinen Normalarbeitszeit für die Männer, und von der Bestimmung des § 120d wird in so seltenen Fällen Gebrauch gemacht, daß Ihr nichts zu befürchten habt. Ich glaube, die Regierung wird mit einem derartigen Aufzweifelstragen weder bei den Arbeitern, noch bei den Unternehmern besonderes Glück haben. Die halskarrigen, arbeitereindlichen Unternehmer, die nichts Anderes kennen, als die unbefristete Ausbeutung der Arbeiter, werden sich durch derartige Beschönigungsversuche nicht auf andere Gedanken bringen lassen und die Arbeiter werden sich durch solche Halbheiten nicht zufrieden erklären. Man spricht so gern davon, daß die Industrie durch die Versicherungsgesetze

ohnehin schon schwer belastet würde. Das ist übertrieben. Wenn man Alles zusammenrechnet, was die Arbeitgeber zu zahlen haben, so entfallen pro Kopf des Arbeiters 15, höchstens 20 M. auf's Jahr. Wenn man nun rechnet, daß die Arbeitgeber auch nur die Hälfte von dem verdienen, was sie als Löhne auszahlen, so kommen diese paar Mark gar nicht in Betracht; nur der reine Profit des einzelnen Unternehmers wird um ein paar Prozent beschnitten. Ich gehöre auch einer Firma an, welche eine stattliche Anzahl Arbeiter beschäftigt; ich kann aber nicht sagen, daß durch die Beiträge, die uns durch verschiedene Gesetze aufgeladen sind, das Geschäft so sehr gefährdet sei; im Gegentheil, wir würden sofort einen achtstündigen Arbeitstag einführen, wenn die Konkurrenz durch das Gesetz gezwungen würde, dasselbe zu thun. Die Arbeiter können Gott sei Dank so gut rechnen, daß sie wissen, was durch ihre Arbeit an Werthen hervorgebracht wird, und wie viel von diesen Werthen auf ihren Lohn entfällt, und was in einen anderen Saal wandert. Ich habe bereits vor fünf Jahren darauf hingewiesen, daß wir darauf rechnen, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Löhne durchzuführen. Dr. Warth in seiner „Nation“ hat mich deswegen auf das Behafteste angegriffen; er hat u. a. angeführt, daß durch eine rein mechanische Erhöhung der Löhne der Arbeiter sich selbst am meisten schaden würde, weil die ganze Produktion zurückgehen würde. Das ist nicht richtig; denn durch die erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit wird die Arbeitskraft des betreffenden Lohnarbeiters erheblich gesteigert und der Ausschall an Arbeitszeit durch eine intensivere Arbeit wieder eingebracht. Außerdem kann durch die Verbesserungen der Maschinen ein erheblicher Theil dieser Verläumdung wieder eingeholt werden. Es wird behauptet, daß die ganze Lohnhöhe auf die Produktionskosten überwälzt werden würde. Zu den Produktionskosten würde der Arbeiter nur zu einem Viertel oder Fünftel mitzutragen haben, der Rest würde auf die besitzenden Klassen entfallen. Es ist auch nicht wahr, wie in der „Nation“ behauptet ist, daß in den letzten Jahren die Löhne überhaupt in steigender Tendenz begriffen seien. Die Geldlöhne sind in der Zeit hier und da gestiegen, der Reallohn aber nicht, denn durch Ihre geniale Gesetzgebung sind alle Lebensmittel in den letzten Jahren verteuert worden. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit würde das Unternehmertum sofort darnach trachten, diese Verkürzung durch eine Verbesserung der Technik auszugleichen. In der Spinnerei z. B. wird durch ein einfaches Auslegen eines Streifens Leber auf die Nimmerscheibe auf der Transmission die Schnelligkeit um so und so viel Ungänge gesteigert und infolge dessen der Ausschall der Produktion leicht nachgeholt. (Lachen rechts.) Die Herren, die da lachen, haben jedenfalls noch niemals den Betrieb einer Fabrik beobachtet. (Lebhafte Rufe: Doch!) Durch die Fortschritte der Technik wird jetzt eine Schnelligkeit von nahezu 1000 Umdrehungen erzielt. (Juruse: Neue Maschinen!) Das habe ich auch ausdrücklich betont. (Widerspruch.) Was die Verkürzung der Arbeitszeit insbesondere betrifft, so hat der bairische Fabrikinspektor ausdrücklich betont, daß in einzelnen Erwerbszweigen die Ausdehnung der Arbeitszeit derartig ist, daß die benachbarten Fabrikanten in der Schweiz, die einen gesetzlichen Arbeitstag haben, sich darüber beklagen. Die englischen Aerzte haben schon 1833 erklärt, daß ein achtstündiger Arbeitstag bei der Entwicklung der englischen Industrie ausreichend sei und notwendig, um den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren, und die österreichischen Aerzte haben sich für einen zehnstündigen Arbeitstag ausgesprochen. Jedenfalls darf man bei der Prüfung dieser Fragen unter keinen Umständen die Unternehmern als Sachverständige gelten lassen. Ich hoffe, daß der Abgeordnete Miquel seinen Einfluß in der Kommission und an anderer Stelle geltend machen wird, um einen Maximalarbeitszeit eintreten zu lassen. Der Arbeitstag zu Ulten in der Schweiz ein zehnstündiger Arbeitstag auf gesetzlichem Wege einzuführen sei. Die Herren sollten derartige Lage auch einmal besuchen. Sie würden dann finden, daß der absolutistische Grundsatz, die Freiheit sei eine Feindin der Ordnung, ein vollständig verfehlter ist, und daß bei politischer Bewegungsfreiheit mit voller Ruhe und Objektivität diskutiert wird. Vielleicht finden sich die Herren auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongress ein, der sofort nach Aufhebung des Sozialistengesetzes in Deutschland, wahrscheinlich sogar in Berlin, stattfinden wird. (Heiterkeit.) Sie würden auf einem solchen Kongress viel lernen können, als wir auf einem Unternehmerrkongress. (Heiterkeit.) Das „Evangelische Sonntagsblatt“ sagt, die Bewegung für den Achtstundentag mache den alten Spruch wahr, daß der Mühsiggang aller Lasten Anfang sei, denn die Arbeiter wüßten nicht, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollen. Im Gegentheil, jetzt kommt der Arbeiter zu seiner edleren Beschäftigung und ist zum Wirthshausbesuch und Schnapsgenuß verdammt. Die Beamten haben ja bereits den Achtstundentag, müßten also lauter Mühsiggänger sein. Graf Nolcke meint, die Begehrtheit der vom Schicksal minder Begünstigten läßt den Frieden. Wenn Graf Nolcke Gelegenheit hätte, das Leben und Treiben in der Industrie zu beobachten, würde er sehen, daß die unerfütterliche Begehrtheit und Profitgier der Unternehmer, welche sogar die Gesetzgebung zu ihren Gunsten mißbrauchen, es ist, welche den Frieden stört. Mögen sich diese diejenigen zu Herzen nehmen, welche es angeht, wenn sie nicht überhaupt verhärteten Herzens sind, wie es in der Bibel heißt. Unsere erstere Forderung wird immer sein: Schaffung eines gesetzlichen Maximalarbeitszeit, über welchen die Ausbeutungswuth der Arbeitgeber nicht hinausgehen darf. Einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand bilden die theilweise Regelung der Frauenarbeit und der Versuch einer Regelung der Kinderarbeit, wenn wir auch nicht damit einverstanden sein können, daß bei der Kinderarbeit unter das 14. Jahr hinuntergegangen werden darf. Bei gutem Willen wird sich in der Kommission über Manches eine Einigung erzielen lassen. Was die Trennung der Geschlechter in den Fabriken betrifft, so wird die Sittlichkeit durch das Zusammenarbeiten in den Fabriken lange nicht so gefährdet, wie es gewöhnlich hingestellt wird. Unanständige Gespräche kommen eher da vor, wo die Geschlechter getrennt sind. Eine besondere Gefährdung der Sittlichkeit liegt da vor, wo nur Frauen beschäftigt sind, und die Vorgesetzten Männer sind. Die in den kaiserlichen Erlässen verheißenen Arbeiterausschüsse sind in der Vorlage nahezu ignoriert und werden nur im Vorbeigehen bei den Arbeitsordnungen erwähnt. Freigewählte Arbeiterausschüsse, die das Vertrauen der Kollegen genießen, können Gutes wirken; aber sie müssen obligatorisch gemacht werden. Deshalb haben wir wieder unseren alten Antrag über die Gewerbeaufsicht eingebracht. Die Gewerbeinspektoren dürfen sich allein mit dieser Aufgabe beschäftigen, Arbeiterkammern und ein Reichs-Arbeitsamt sind zu begründen. Von der Manchesterpartei wird dies natürlich für undurchführbar erklärt. Unser Entwurf mag ja ungeschickt sein; aber wenn die Regierung das Recht hat, Ungeschicklichkeiten zu machen, warum sollen es nicht auch die Sozialdemokraten dürfen? (Heiterkeit.) Wie dieser Organisation wären auch die Gewerbeschiedsgerichte am besten intergebracht. Wir sind gegen die Verweisung von den Schiedsgerichten an die Landgerichte, wohl aber für die an ein Arbeitsamt. So gut man ein Kolonialamt geschaffen hat, wäre es am Platze, auch



...sind, welche der Arbeitgeber lieber unterlassen würde, wenn er bei solchen Gelegenheiten verbiete Arbeitern nicht in solchen Fällen...  
...zu den Strafen eingeschränkt werden. Dasselbe gilt auch z. B. bei den Schlägereien zwischen den Arbeitern. (Auf bei Sozialdemokraten: Zeitungsverbot!) Nein, das Zeitungsverbot gehört nicht zu diesen Strafen. Ich habe den Arbeitern nur angeordnet, wenn sie eine gewisse Zeitung lesen, würden sie entlassen, und das werde ich auch künftig tun. Das Verbot von Zeitungen oder des Besuchs von Wirtschaften, in denen sozialdemokratische Politik getrieben wird, hat mit diesen Strafen nichts zu tun. Im Prinzip kann man es allerdings für falsch halten, daß der Arbeitgeber bei der Gleichberechtigung des Arbeiters sich um diesen auch außerhalb des Betriebes kümmern soll. Ich verlange aber gar kein Recht für den Arbeitgeber auf diese Konventionen, sondern nur, daß der Staat den Arbeitgeber daran nicht hindert. Wenn die Arbeitgeber kein Recht haben sollen, sich auch außerhalb des Betriebes um den Arbeiter zu kümmern, selbst dann nicht, wenn der Arbeiter ihnen durch Vertrag dieses Recht gibt, so werden sie ihre Schuldigkeit zu Gunsten der Arbeiter nicht mehr mit Freudigkeit thun können. Es ist eine der wesentlichsten Maßnahmen, wenn der Arbeitgeber sich um den Arbeiter auch außerhalb des Betriebes kümmern kann. Daß der Staat Mißbrauch in dieser Beziehung verhindert, ist durchaus korrekt, wenn der Mißbrauch der Autorität schadet mehr als Andere. Ich bin bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, um unter vollständiger Wahrung der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber einen brauchbaren Gesetzentwurf zu schaffen. Es kann aber nur zum Segen des Vaterlandes gereichen, wenn Sie auch dafür sorgen, daß nicht das persönliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter untergeordnet, sondern geklärt wird. (Beifall regt.)

**Hg. Czajkowski (Pole):** Wir haben der Erörterung des Arbeitergesetzes in Wort und That schon zu einer Zeit unsere Unterstützung angebehalten lassen, als diese Bestrebungen sich nicht der Sympathie aller Fraktionen und des Bundesraths erfreuten und begrüßen selbstverständlich auch die gegenwärtige Vorlage auf das Freudigste. Die wichtigsten Paragraphen sind die in Bezug auf die Sonntagsruhe. Der Arbeiter, dem nicht geboten ist, das Gebot der Sonntagsruhe zu halten, handelt nur konsequent, wenn er sich auch über die anderen Gebote hinwegsetzt. (Sehr richtig!) Der Mangel an Religion kann durch absolute Moral nie ersetzt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ebenso verlangt die Rücksicht auf die Gesundheit die Sonntagsruhe. Gesunde Familienverhältnisse sind die Grundlage gesunder staatlicher Verhältnisse. Die Sonntagsheiligung läßt die Invaliditätsversicherung vorausgehen müssen; man muß doch erst der Invalidität vorbeugen und dann für Invaliden sorgen. Mit Freuden begrüßen wir die Paragraphen, welche sich auf die Schonung der Frauen und Kinder erstrecken. Diese Bestimmungen decken sich ungefähr mit den bisherigen Bestimmungen des Reichstages. Ob an Stelle der Entschädigung beim Kontraktbruch eine Buße zu setzen ist, ist mir zweifelhaft. Vielleicht wäre eine Buße nur dann in Anwendung zu bringen, wenn ein genauer Schadennachweis nicht zu führen ist. Die Arbeitsstunden für Minderjährige sind notwendig, und die gute Tendenz, die Autorität der Eltern und Meister gegenüber den jungen Leuten zu fördern, ist anzuerkennen; andererseits wird die väterliche Gewalt leider zu oft mißbraucht, so daß die Auszahlung des Lohnes an die Eltern in vielen Fällen ungerecht wäre. Jedem ist die Bestimmung, daß in der Fabrikordnung festgesetzt werden soll, ob der Lohn an die Eltern oder die Minderjährigen ausbezahlt werden, für uns unannehmbar. Vermißt wurde bisher eine Regelung der Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister, Lehrlinge, und wir werden diesen Teil der Vorlage mit Aufmerksamkeit in der Kommission verfolgen. Bedenklich ist, daß den Beamten Gelegenheit gegeben werden soll, sich über jede bezügliche Aenderung der Fabrikordnung zu äußern. Vermißt wird auch, daß sie gehört werden, wenn über die einmalige Arbeitszeit hinausgegangen werden soll, unvermeidlich ist es, falls einer vielleicht durch die Geschäftslage notwendig ist, eine Verminderung der Arbeitszeit. Einen Normalarbeitszeit von 8 Stunden einzuführen, ist kaum möglich. Durch kürzere und längere Arbeit wird der Arbeiter oft mehr erschöpft, als durch längere und langsamere Arbeit. Die Forderung eines achtstündigen Arbeitstages ist durchaus unbedeutend und nur als Agitationsmittel zu verwenden. Es würde dadurch eine absolute Beseitigung der jetzt bestehenden Verhältnisse, namentlich der ungleichen Verhältnisse herbeigeführt werden. Der Arbeiter wird in 12 Stunden so viel verdienen wollen, als jetzt in 11 Stunden. Das muß die Produktion vermindern und zur Verhinderung der Lebensmittel führen. Die Vorlage will zufriedene Unterthanen schaffen, aber die hohe Absicht unseres Kaisers, Zufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung zu schaffen, wird nur dann erfüllt werden können, wenn die preussische Regierung zugleich das System der Germanisierung in den Volksschulen, in welche die Arbeiter ihre Kinder zu schicken gezwungen sind, vermindert. Wir müssen verlangen, daß die in der Vorlage in Aussicht genommene Fortbildungsschulen wirklich ihre praktische Aufgabe erfüllen und nicht Pflanzstätten der Agitation gegen das Vaterland werden. Daß das nur unter voller Berücksichtigung der Muttersprache geschehen kann, werden Sie Alle begreifen. Dem widersprechend wird die Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtsgegenstand in der Volksschule zu verlangen sein. Das würde Verwirrung und Verwilderungssystem nur einmal aufzuheben. Ich richte an den Reichskanzler die dringende Bitte, seinen Einfluß als preussischer Ministerpräsident zur Abstellung dieser Mißstände geltend zu machen. Vor fünf Jahren sprach ich das Wort: „Cherchez le chancelier“, um damit anzudeuten, daß die Parteien auf den Reichskanzler zurückzuführen sind. Wir wollen wünschen, daß wir das Wort bald wiederholen können in dem Sinne, daß, wenn wir suchen, wir eben den Reichskanzler finden, welcher uns das Polon gegenüber angewandte Ausrottungssystem beseitigt. (Beifall bei den Polen.)

**Hg. Winterer (Elsch-Vollringer):** Wir erkennen die berechtigten Ansprüche an Arbeiterrecht an. Wie das Ende des vorigen Jahrhunderts den Ansprüchen des dritten Standes gegenüber, stehen wir jetzt den Ansprüchen des vierten Standes gegenüber, und so weit sie berechtigt sind, müssen sie bewilligt werden. Die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung sind international, das Vorgehen der Regierungen gegenüber diesen Forderungen muß deshalb auch ein internationales sein; deshalb ist die internationale Konferenz mit Freuden zu begrüßen. Fast ebenso wichtig ist die Beseitigung der Nachtarbeit der Frauen; die Maschinen sollen eigentlich zur Erleichterung der Arbeiter dienen und trotzdem haben sie etwas herbeigeführt, was niemals vorher geschehen ist. Tausenden von schwachen Frauen sind durch die Maschinenarbeit die Nachtruhe während der letzten Jahre entzogen, dadurch muß die Gesundheit der zukünftigen Geschlechter leiden. Durch die Beseitigung der Arbeitszeit der Frauen wird in der Textilindustrie eine Verlagerung der Arbeit überhaupt eintreten; aber in Betrieben, wo Frauen gar nicht oder nur sehr wenig verwendet werden, wird eine Verlagerung nicht eintreten. Wir können auch dem Staat nicht das unbeschränkte Recht zuerkennen, auf diesem Gebiet einzugreifen, sondern nur so weit darf er einschneidend eingreifen, als die Gesundheit des Arbeiterstandes gefährdet ist. Die achtstündige Arbeitszeit kann man nicht ohne Weiteres einführen, dadurch würde der Verdienst der Arbeiter zu sehr herabgesetzt werden. Die Stärkung der väterlichen Autorität ist notwendig und wünschenswert; denn das Vagabondentum der Jugend blüht in den großen Fabrikkomplexen. Wir begrüßen es, daß das Arbeitsbuch dem Vater und nicht dem jugendlichen

Arbeiter ausgehändigt werden soll, daß der Lohn an den Vater gezahlt werden kann. Dadurch wird der jugendliche Arbeiter an die Familie gefesselt. Bezüglich der Bestrafung des Kontraktbruchs müssen wir einige Ausnahmen, welche Herr Schrader und Herr Miquel gemacht haben, vollständig theilen. Strafen sind nicht mein Ideal, aber sie sind gegenwärtig das einzige Mittel, um dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen. Solange der Lohn des Arbeiters von der undarmherzigen Konkurrenz abhängt, solange darf die Koalitionsfreiheit nicht eingeschränkt werden.

**Hg. Bachule (Wollsp.):** Im Namen meiner Freunde von der Volkspartei freue ich mich, die Erklärung abgeben zu können, daß auch wir aufrichtig sympathisieren mit der Tendenz des zur Beratung stehenden Gesetzentwurfes. Wir erblicken in demselben den — wenn auch teilweise noch unvollständigen — Versuch einer Verwirklichung von Ideen, für deren Berechtigung unsere Partei seit mehr als zwei Jahrzehnten eingetreten ist. Wir werden demnach mitarbeiten an der Ausgestaltung dieses Gesetzes, und zwar mit dem doppelten Bestreben: Einmal den Bedürfnissen der arbeitenden Klasse nach festerer und geselliger Regelung großer Arbeitsbedingungen, nach Schaffung zweckmäßiger Organisation und nach Schutz vor körperlicher Ueberanstrengung loyal Rechnung zu tragen. Andererseits erstreben wir die möglichste Vermeidung von Maßregeln, welche in schroffem Uebergang und ohne Zwischenstadien die Produktionsbedingungen der deutschen Industrie ändern würden, als ein gemeinsames Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer an und wollen dasselbe berücksichtigt wissen. Von diesem Standpunkte aus werden wir eine Reihe wichtiger Bestimmungen des Gesetzes annehmen können, andere dagegen zu ändern versuchen. Vor Allen werden wir uns denjenigen Bestimmungen anschließen, welche die Einmischung der Polizeibehörden in die Ordnung der Arbeitsverhältnisse möglichst zu beschränken versuchen. Es sind eine Anzahl gewichtiger Bedenken von den Vorrednern bereits hervorgehoben worden, denen ich mich zum großen Theil anschließen kann, ohne sie wiederholen zu wollen. Es kommen noch andere dazu, so z. B. bestimmt der § 188, daß Arbeiterinnen, bevor sie die Arbeit beginnen dürfen, vom Arbeitgeber der Ortspolizeibehörde schriftlich angezeigt werden müssen. Dies war bisher nur erforderlich, wenn jugendliche Arbeiter in einer Fabrik beschäftigt wurden. Die Ausdehnung der Anzeige auf die Arbeiterinnen ist eine weitere Vernehmung der vielen Schreibereien, welche dem Arbeitgeber die Sozialgesetzgebung aufgebürdet hat und die ohne Noth nicht verstärkt werden sollten. (Beifall laut.)

Darauf wird die weitere Beratung verlagert.  
**Hg. Miquel (persönlich):** Um jedes Mißverständnis zu beseitigen, bemerke ich, daß ich nicht verlangt habe, daß von Staats- oder Gesetzeswegen die ganze arbeitende Klasse in bestimmten Berufsvereinen organisiert werden solle. Ich habe gesagt, daß nach meiner Auffassung diese Organisationen nicht künstlich gemacht werden können, sondern daß sie wachsen müssen. Die Gesetzgebung habe nichts weiter zu thun als den Boden hierfür freizumachen und Mißbrauch zu verhindern. Ich will also Herrn v. Stumm und seine Arbeiter gar nicht zwingen, eine solche Organisation zu machen. Paßt sie bei ihm und seinem Betriebe nicht, dann wird eben diese Pflanze dort nicht wachsen. In anderen Verhältnissen ist es sicher viel richtiger, der Sache eine wohlgeordnete gesetzliche Grundlage zu geben.  
**Hg. v. Stumm:** Ich habe die Ausführungen des Hg. Miquel so betämpft, wie er sie eben belämpft hat. Für meine persönlichen Verhältnisse trete ich hier nicht ein. Ich bin Abgeordneter des Deutschen Reichstages und Vertreter des deutschen Volkes.  
Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

## Tokales.

**Wir erhalten folgendes Schreiben aus Reindendorf:**  
Das verfluchte Wählerneß! rief der Graf v. B. zu dem Bruder seines Kammerdieners, als er hörte, daß derselbe ein Bewohner Reindendorfs sei. „Das verfluchte Wählerneß! Aber wesswegen der Horn dieses Mitgliedes der Edelsten der Nation gegen die armen Reindendorfer? Nur weil sie es gewagt hatten, auf dem Grund und Boden des hochadeligen Grafen Wahlflugblätter und Stimmgelbe zu vertheilen. Wahlflugblätter, in welchen den Herren Großgrundbesitzern die Wahrheit gezeugt wurde, und dieses ist nun freilich nicht hübsch, denn für manche Menschen, ob sie nun rothes oder blaues Blut haben, giebt es gar nichts Größeres, wie die Wahrheit; und da mußte der Herr Graf wohl zornig werden. Und wie würdevoll muß es ausgefallen haben, als der Herr Graf, wie mir ein Arbeiter des Grafen erzählte, am Wege im Walde ein paar solcher Flugblätter fand. In höchster gräflicher Wuth hob er diese höchst eigenhändig auf, geriss sie in Atome, die fürchterlichen Drohungen gegen die bösen Sozialdemokraten ausstossend. Er tramelte diese Ueberbleibsel, als ob er von einer ganzen Anzahl Teufel besessen wäre, in den Boden. Ach der arme Graf v. B. . . Doch ich will nicht von dem Grafen erzählen, sondern von Reindendorf, denn derartige Klänge giebt es viele in Niederbarnim, und muß es auch geben, damit die Lustigkeit nicht ausstirbt, die doch der Gesundheit sehr zuträglich sein soll. Hier in Reindendorf sieht man noch Vieles, was an die verfluchte Reichstagswahl erinnert, an den Laternenpfählen, auf welchen sich keine Laternen befinden, denn im Sommer nehmen wir diese ab, denn brennen thun sie nicht, und was sollen wir uns die Laternen unnötig vollstehen lassen — an diesen Laternenpfählen sieht man noch Plakate, durch welche die Wähler zur Versammlung nach dem Seeshlößchen eingeladen werden. An Häusern und Mauern steht mit rother Schrift: „Wählt Stadthagen“ und die Majorität von Reindendorf hat der Aufforderung Folge geleistet. Dem Stadthagen erhielt 1061 Stimmen, trotz Amtsvorsteher, Nachtwächter und trotzdem die Partei, welche immer den Pelz wäscht, ohne denselben abzuwaschen, den Konservativen Vorparanthen leistete, mußte sich Herr Lohren mit 87 Stimmen begnügen. Kann man es da den Wirth der „patriotischen Gasse“ verdenken, daß er diesen Rechnung trägt? Die „patriotische Gasse“ ist nämlich ein Bier- und Brauereieinlokal. Der Wirth hatte die Schaufenster seines Lokals recht sinnig mit Klammelflaschen und Wästen von Fürsten und Feldherren ausgeschmückt. Da es aber nun viele schlechte Menschen giebt, und zu diesen gehören natürlich die Sozialdemokraten, die eine derartige Dekoration nicht zu würdigen verstehen, in Folge dessen ihre Nidel anderswo in Bier oder Brauereieinlokalen, die Nidel der Sozialdemokraten aber denselben Werth haben wie die Nidel der Konservativen, und da die schlechten Menschen die Majorität haben, so hat der Gastwirth diesem Umstand stillschweigend Rechnung getragen. Zu erst nahm er die Wästen der Fürsten und Feldherren an beiden Wähltagen aus den Schaufenstern, später auch des Sonntags, in Abtrocknung, daß viele Leute aus Berlin kommen, die geneigt sind, ein paar Nidel anzulegen — und jetzt sind die Porträts vollständig aus dem Schaufenster verschwunden. Ja, ja, der Patriotismus ist wenigstens was man heute darunter versteht, eine schöne Sache; aber, man darf sich dabei nicht an den Taschen schädigen. Ein paar hundert Schritt weiter befindet sich das Lokal von Meinte. Hier hängt eine Tafel: „Säle zu Festlichkeiten und für Vereine“. Aber zu Arbeiterversammlungen sind die Säle des Herrn Meinte nicht zu haben. Hier war das Wahllokal für den östlichen Theil, aber glänzende Geschäfte hat der Wirth dabei nicht gemacht, die Arbeiter tranken kein Bier bei ihm. Wer das Bedürfnis fühlt, den innern Menschen ein wenig zu stärken, ging scharig über bei Emil Kirsch, wo man für 10 Pf. ein gutes Glas Bier bekommt und die Arbeiterblätter lesen kann. Abermals ein paar hundert Schritt weiter befindet sich das Seeshlößchen. Es ist dieses das einzige Lokal in Reindendorf,

welches für die Arbeiter zu haben ist. Es ist Unrecht von den Berliner Genossen, daß dasselbe nicht besser besetzt wird. Die Bierbahn fährt bis vor die Thür des Lokals. Dasselbe ist vollständig neu renovirt, ein herrliches Laubdach schützt uns gegen die Strahlen der Sonne; der hintere Theil ist schon am Wasser des Reindendorfer Sees gelegen und bietet eine herrliche Aussicht. Den Jaun, welchen der Restaurateur Säß hatte ziehen lassen, aus Brotweid, wie die Ginen, aus nachbarschaftlicher Freundschaft wie die Andern sagen, um den Besuchern des Seeshlößchens den Anblick des Sees zu entziehen, damit dieselben nicht die Seeskrankheit bekommen sollten, ist verschwunden. Diesen Jaun ließ Herr Säß ziehen, unmittelbar nachdem unter großem Klimbim, unter Theilnahme der Behörden, Festpredigt des Ortspfarrers sowie Gesang der Schuljugend u. s. w. die Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal's stattgefunden hatte. Infolge dieser Intoleranz und weil außerdem das Lokal zu Arbeiterversammlungen nicht zu haben ist, wurde in einer Versammlung, welche im Seeshlößchen stattfand und von 5—600 Personen besucht war, der Beschluß gefaßt: „Das Lokal des Herrn Säß nicht mehr zu besuchen, und die Arbeiter, welche die Badeanstalt, die dem Herrn Säß gehört, besuchen, aufzufordern, ihr Bier im Seeshlößchen oder bei Emil Kirsch zu trinken.“ Dieser Beschluß wurde nun zum größten Leidwesen der Arbeiter, von einem Wirthenträger Reindendorfs mißverstanden, oder falsch berichtet, denn derselbe äußerte: „Ich habe seit 78 mich bebaut, aber da die dreidige Bande sich nicht mehr in See abwascht, wer ich wieder haben“ und ist Herr Säß schon raus und der Wirthenträger auch und die übrigen Reindendorfer erst recht, denn nun haben sie einen Wirthenträger, der sich gewaschen hat. Schräg über dem Seeshlößchen befindet sich das Lokal von Goldacker „Zum Bürger-Garten“, hier dürfen aber nur gutstimmte Bürger einkehren, denn die Sozialdemokraten, die doch auch so zu sagen Bürger sind, sind von dem Herrn Wirth in aller Form ausgeschlossen worden mit den Worten: „Sozialdemokraten leide ich in meinem Lokal nicht.“ Sollte nun, wenn das Sozialistengesetz fällt, der Herr Goldacker das Ausweisungsdekret zurücknehmen, so werde ich sofort von diesem welterschütternden Ereigniß die Redaktion des „Volkblatt“ per Telegraph in Kenntniß setzen. Auch der erste Mai ist hier ruhig verlaufen, eine ganze Anzahl Genossen hatten sich schon am frühen Morgen im Seeshlößchen eingefunden, diese scheinen aber von dem Berichterstatter der „Berliner Zeitung“ nicht bemerkt worden zu sein, denn der schrieb „im Seeshlößchen regte sich keine Kasse“. Nun vielleicht ist das, was der Herr schreibt überhaupt für die Kasse.

## Soziale Uebersicht.

**Von dem Verleger des „Berl. Lokal-Anzeiger“ erhalten wir folgende Verächtigung:** Die Redaktion eruche ich auf Grund des § 11 des Pressgesetzes bezüglich des Artikels in Nr. 113 des „Berliner Volksblatt“ vom 18. Mai cr., überschrieben „Zur Arbeitseinstellung im „Berliner Lokal-Anzeiger“ um Aufnahme folgender Verächtigung:

1. Es ist unrichtig, daß ich versprochen habe, die ausstehenden Seher möglichst bald wieder einzustellen und daß es dann eben bei Besprechungen geblieben sei. Ich habe mich am Mittwoch, den 7. d. Mis., bereit erklärt, von den 51 ausstehenden Sehern am Montag, den 12. d. Mis., 15 Seher wieder in Arbeit zu nehmen; bezüglich der übrigen ausstehenden Seher habe ich erklärt, eine Verpflichtung zur Wiederaufnahme (aus dem Grunde nicht übernehmen zu können, weil ich diejenigen Seher, welche infolge der plötzlichen Arbeitseinstellung angestellt waren, nicht knall und Fall entlassen könnte.
2. Es ist unrichtig, wenn es in dem Artikel heißt, daß der Streik nicht beigelegt worden ist. Die von den ausstehenden Sehern gewählte Kommission ist sich vielmehr am Mittwoch, den 7. d. Mis., über alle Differenzenpunkte mit mir einig geworden, hat sodann am darauf folgenden Donnerstag bezw. Freitag das Informat in hiesigen Zeitungen veröffentlicht, daß der Streik beendet sei, und mit mir vereinbart, daß am Montag, den 12. d. Mis., die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte.
3. Es ist unrichtig, daß der Streik durch mein Verhalten am Montag abermals zum Ausbruch gebracht worden ist. An diesem Tage hatten, der getroffenen Abrede gemäß, bereits 14 ausstehende Seher ihre Plätze wieder eingenommen, als sie am Nachmittag plötzlich die Anforderung an mich stellten, einen Revers auszustellen, worin ich mich verpflichtete, die übrigen Seher innerhalb 14 Tagen wieder einzustellen. Als ich mich dieser weigerie und auf meine noch am Vormittag aus von ihnen gutgeheißen Erklärung hinwies, legten sie abermals die Arbeit nieder.
4. Es ist unrichtig, daß ich den Sehern ein Schriftstück vorgelegt haben soll, worin ihnen eine ehrenwörtliche Enthaltung jedweder Agitation abverlangt wurde. Das Schriftstück, welches von den 14 am Montag wieder eingestellten Sehern auch thatsächlich unterzeichnet worden ist, enthält nur die ehrenwörtliche Versicherung, die vierzehntägige Kündigung, welche erst einige Monate vorher auf Wunsch der Seher bei mir eingeführt worden ist, inne zu halten.
5. Es ist unrichtig, daß ich den streikenden Sehern die Aussicht gemacht habe, sie in Kassen einzukaufen, wenn sie aus dem Unterstühungsverein deutscher Buchdrucker austräten. Ich habe während der Verhandlung in keiner Form verlangt, daß sie aus dem Verein austräten, vielmehr ihnen ausdrücklich erklärt, daß ich gegen ihre Zugehörigkeit zum Verein nichts zu erinnern habe.

Hochachtungsvoll  
August Scherl.

**Der Streik der Berliner Schuhmacher** ist beendet und ist derselbe zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen. Es sind, wie schon in früheren Berichten angeführt wurde, in der dritten Klasse-Geschäften in allen gemeinen Zulagen gemacht worden, während in der Friedlichkeit die Forderungen, welche gestellt waren, bis auf einige kleine Extraarbeiten voll und ganz durchgeführt sind. Einige Geschäfte allerdings, welche von Streikbrechern schon während des Streiks besetzt wurden, haben nur Zulagen gemacht. Dieses sind aber nur einige, nicht wie die „Volkstzeitung“ schreibt, es hätten nur fünf Geschäfte bewilligt. Es liegt nun an den Schuhmachern selbst, jetzt sich der Organisation anzuschließen, um das Ertrugene fest zu halten; zugleich haben sie die Pflicht, ihre Werkstatt-Zusammenkünfte beizubehalten, um dadurch die Einigkeit zu fördern, denn ohne Einigkeit kein Sieg und ohne Organisation kein Festhalten der Ertrugensarten. Wir sprechen hiermit auch zu gleicher Zeit den Arbeitern und Arbeiterinnen unseren Dank aus für die Unterstützungen, welche sie uns während unseres Kampfes um die Existenz haben zu Theil werden lassen, denn ohne wesentliche Unterstützung konnte der Kampf nicht zu Ende geführt werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben auch hier wieder bewiesen, daß sie gewillt sind, ihre, im Glend und Siechtum dahin lebenden Brüder von der großen Ausbeutung von Seiten der Unternehmer zu befreien und ihnen ein menschenwürdiges Dasein mit zu erkämpfen. Wir machen zugleich noch bekannt, daß die noch ausstehenden Sammelisten sobald als nur möglich, gezeichnet oder nicht gezeichnet, a. Schuhmacher Wartenberg, Oranienstraße 179, Post Quergebäude 2 Tr., und an S. Sühmeyer, Kronenstraße 95/99, Post links 2 Tr., von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr einzuliefern sind. Die Lohnkommission der Schuhmacher Berlins.

**Achtung Tischler!** In der Werkstatt von H y a n, Rübendörferstraße 26, sind eine Anzahl Kollegen gemahrgel. Diese Maßregel ist auf die Maßreier und auf Eintreten der Kollegen für eine geregelte Arbeitszeit zurückzuführen. Anlaß zur Maßregelung gab folgender Vorfall: Die „Kollegen“ bei Gebrüder Michalich, Preuß und Schmitt arbeiten am Sonntag bis spät Nachmittags. Von mehreren Kollegen mit dem Hinweis, daß jetzt doch ein großer Theil Tischler auf der Straße liegt, zur Rede





## Tokales.

Im „Reichsanzeiger“ ist dieser Tage die Anzahl der Konkurse, welche im April d. J. eröffnet worden sind, bekannt gegeben. Es tritt uns kein freundliches Bild entgegen, die Zahl der Konkurse ist in stetiger Zunahme begriffen und höher als in dem gleichen Monate bis zum Jahre 1880 zurück. Die Gerichte des Reichs eröffneten 481 Konkurse gegen 407 im April 1880, 420 im gleichen Monate 1888 und fortwährend für denselben Monat im Jahre 1887 426, 1886 335, 1885 376, 1884 388, 1883 424, 1882 392, 1881 420, 1880 475. Beendet sind geworden in demselben Monate 422 Konkurse, davon wurden 22 sofort wieder aufgehoben, weil die Konkursmasse zur Deckung der Kosten nicht hinreichte, d. h. es war nicht nur alles bis zum letzten Pfennig aufgebraucht worden, sondern der Schuldner hatte, abgesehen von der Einsicht in den Niedergang des Geschäfts, keine Mittel, es zu verstanden, durch neu aufgefundenen Kreditquellen sich bis zu seinem gänzlichen Ruin über Wasser zu erhalten. 120 Konkurse sind durch Zwangsvergleich und 202 durch Schlussverteilung beendet worden. Es ist schon in dem vormonatlichen Berichte über die Konkurse des März d. J. darauf hingewiesen worden, daß durch die Zunahme der arbeitslosen, viele verschiedene Bedarfsartikel umfassende Detail-Geschäfte die Existenz der mittleren und kleineren Geschäfte gefährdet wird. Ein zweiter Faktor in dem Niedergange des Kleinhandels, der wie es scheint zu wenig Beachtung bisher gefunden hat, besteht in dem Ausverkauf oder dem Massenauverkaufe der noch in dem dem Konkurse verfallenen Geschäfte vorhandenen Waaren, welche zu Spottpreisen angekauft, wiederum billiger verkauft werden, als die gleichen des nächsten Kaufmannes, der nicht allein theurer einkaufen, sondern auch einen höheren Preiszuschlag wegen der theureren Ladenmiete machen muß, während der Verkäufer der Konkursmassen sich auf kurze Zeit zum Verkauf derselben in leeren Händen niederläßt, für welche nur geringe Miete zu zahlen ist.

Die meisten dieser Konkursmacher, welche bis dahin dem mittleren Bürgerstande zugerechnet wurden, wenigstens diejenigen, deren Konkurs wegen mangelnder Masse aufgehoben oder durch Schlussverteilung beendet worden ist, verneinen die Zahl des Proletariats und da allein im Jahre 1889 eine Zunahme der Konkurse von 16,8 pCt. gegen das Jahr 1888 stattgefunden hat, so ist dieser Zuwachs des Proletariats nicht unbedeutend.

Mit großer Besorgnis muß man unter diesen Verhältnissen in die Zukunft blicken, auch auf anderen Gebieten und in anderen Ländern giebt es Anzeichen, daß ein Niedergang zu erwarten ist. Der Eisenmarkt in Nordamerika und in England ist flau und die Berichte aus den Eisen produzierenden Gegenden Deutschlands lauten nicht sehr vertrauensvoll. Die Kohlenindustrie denkt schon an eine Einschränkung und Verminderung der Arbeiterzahl und an der östlichen Nachbar, Rußland, plant eine erhebliche Erhöhung des Eingangszolles auf Baumwollengarn, dessen letzte Wirkung natürlich wiederum den Arbeiter trifft.

Wenn bei solchen Ausblicken in die Zukunft von dem Arbeiterstande verlangt wird, sein Geschick dem Wohlwollen der Regierungen anheim zu stellen, so heißt das, ihm zuzumuthen, in passiver Apathie hinfors vegetieren zu sollen, aber ein alles Sprechtwort lautet: „Jeder ist seines Glückes Schmied“, und das muß und werden die Arbeiter auch sein. Graf Moltke nennt zwar in seiner Reichstagsrede am 14. d. M. die Begehrtheit vor vom Schicksal minder begünstigten Klassen, Elemente, die den menschlichen Frieden bedrohen und deutet damit an, daß ein gewisses Niederdrücken ihn nicht unerwünscht sei, aber aus einer solchen Aeußerung erhebt man nur, wie gering die Kenntnis anderer sozialen Verhältnisse ist in solchen Kreisen, denen Graf Moltke angehört.

Als vor einigen Tagen im österreichischen Herrenklub in Wien die Vorlage der Regierung betreffend die Zulassung der von öffentlichen Lagerhäusern ausgehenden Waren (Angebotene) zur Einkaufsteuer (Beziehung) zur Verhandlung stand, bekämpfte der Präsident des Herrenklubs, Graf Khevenhüller, dieselbe, indem er ausführte, daß die Arbeiterbewegung durch das kapitalistische System, welches er verwerfe, hervorgerufen sei, daß diese Vorlage aber dieses System fördere und er deshalb gegen sie stimmen werde. Jener Graf Khevenhüller fand nicht wie Graf Moltke den Grund der Arbeiterbewegung in der Begehrtheit der Arbeiter, sondern in dem kapitalistischen System.

Eine theilweise Sonnenfinsternis steht uns am 17. Juni bevor. Sie beginnt nördlich beim Äquator an der Sierra Leone-Rüste Morgens um 7 1/2 Uhr. Für uns wird die Finsternis erst einige Stunden später sichtbar, so daß es keines Beobachtens bedarf, wie am demselben 17. August 1888 bei der „Witterungsveränderung“ zur totalen Sonnenfinsternis. Das jetzt zu erwartende Himmelschauspiel wird man in aller Gemüthlichkeit betrachten können, denn es dauert mehrere Stunden.

Von der Postbehörde wird von Neuem darauf aufmerksam gemacht, daß zur bequemen Einlieferung von Paketen in Berlin, abgesehen von den zahlreichen Stadtpostanstalten, auch durch die Paketbestellanstaltungen und Paketwagen der Post Befreiung geboten ist. Sämmtliche im Dienst befindliche Paketbesteller sind zur Entgegennahme gewöhnlicher Pakete behufs Weiterbeförderung zur Post verpflichtet. Auf schriftliche Aufforderung mittelst Bestellschreibens oder Bestellkarte an das Kaiserliche Paketpostamt in Berlin N. (Dramienburgerstr. 70) findet sich der Paketbesteller zur Abholung der Pakete in der Wohnung des Bestellers besonders ein. Die Bestellschreiben bezw. Bestellkarten werden unentgeltlich befördert; für die von den Paketbestellern an ihren Bestellschreibern eingeschickten gewöhnlichen Pakete kommt außer dem Porto allgemein eine Nebengebühr von 10 Pf. zur Erhebung.

Die städtischen Parkanlagen vor dem Schlessischen Thore haben in diesem Jahre erheblich unter dem Raupenfraß zu leiden; ganze Baumgruppen, namentlich in der Nähe des Karpfenteiches, sind bereits vollständig fahl gefressen und es macht von ferne den Eindruck, als ob Bäume und Sträucher vom Feuer versengt worden wären. Am wenigsten werden die Aplerbachröhre von den zerstörenden Thieren aufgesucht, dagegen scheinen sich dieselben mit Vorliebe auf den Buchen, Nistern und Linden niederzulassen, deren fastige Blätter sie zunächst liebhaft durchlöchern und dann so lange zernagen, bis alles verdorrt ist. Hernach spinnen die Larven grünen Besen in die weissen Blätter ein. Für die Vogelwelt werden diese gefährlichen Raupen wohl keine Lederbissen sein, andernfalls hätte die Plage kaum eine solche Ausdehnung gewonnen können.

Ein Einbrecher abgefaßt. Der Kriminalpolizei wurde im Anfang der Woche die Mittheilung gemacht, daß in einem Hause in der Neuen Poststraße am letzten Freitag ein Einbruch, und zwar bei der drei Treppen hoch wohnenden Frau M., unternommen werden würde. Die Polizei verständigte die Frau M. und bewachte das Haus am Freitag. Um 8 1/2 Uhr Nachmittags klingelte es an der Wohnung; als aber Niemand öffnete, erzwang sie der Besucher wieder. Eine Viertelstunde nachher kam der nämliche Besucher, diesmal in anderem Anzuge, zurück, klangelte nochmals wiederholt und heftig, und als wiederum nicht

geöffnet wurde, öffnete er sich selbst die Korridorhür. Dem Patron gelang es denn auch natürlich, einige Kommoden und Spinden zu erbrechen und die besten Werthgegenstände zu sich zu stecken; als er dann aber die Mische Wohnung wieder verließ, nahmen ihn zwei in der gegenüber liegenden Etagehälfte auf der Lauer gewesene Polizeibeamten fest. Da der beabsichtigte Einbruch mehreren Bewohnern des Hauses vorher bekannt geworden war, sahen den sich abspielenden Dingen manche Personen theilnahmlos zu und es entwickelte sich eine recht komische Szene. Der zur Gast gebrachte Patron, Namens Wagner, ist ein bekannter und wiederholt mit Zuchthaus bestraffter Einbrecher.

Der Fahrgast mit dem Revolver. Eine Schießaffäre nach „amerikanischem Muster“ macht in Rixdorf erhebliches Aufsehen und dürfte für den „Schützen“ recht unangenehme Folgen haben. Unter den Berliner Droschkenkutschern, welche ihre Standplätze im Süden und Südwesten der Stadt haben, war es schon längere Zeit bekannt, daß ein sein gelleideter Herr die Fahrten nach Rixdorf stets gratis machte, und zwar dadurch, daß er, am Zielort angekommen, heimlich aus der Droschke hinaus springe und im Dunkel der Nacht — die Fahrten fanden nur nächtlich statt — verschwinde, ohne das Fahrgeld zu bezahlen. Am Simeisfahrtstage wurde der Inhaber der Droschke Nr. 3782 von einem Herrn am Bellenallianceplatz zur Fahrt nach Rixdorf engagiert; dort angekommen, versuchte der Fahrgast, die Droschke an der Thomasstraße heimlich zu verlassen und dann schnell in ein Nebenhaus zu flüchten. Der Kutscher aber, der den Ausreißer laufen sah und in ihm den gewohnheitsmäßigen Fahrgast vermuthete, sprang schnell vom Bock und war im Nu hinter dem Flüchtenden her. Als der letztere merkte, daß ein Entkommen unmöglich sei, blieb er stehen, zog einen Revolver und feuerte, als der Kutscher Miene machte, ihm den über den Arm hängenden Valetot zu entreißen, gegen jenen einen Schuß ab, welcher dicht am Kopfe des erschrockenen Juristpraktikanten vorbeiflog. Die Detonation und des Hilfseschrei des Kutschers hatte eine Anzahl Menschen, darunter den Nachwächter Schmidt herbeigelockt, welcher den „Schützen“ festnahm und dafür sorgte, daß der Droschkenkutscher sein Geld erhielt. In dem gewaltthätigen Fahrgast wurde der in Rixdorf in der Bergstraße wohnende Maurermeister und Architekt Wilhelm Geride ermittelt, gegen welchen bereits seitens des Inhabers der Droschke der Strafantrag gestellt worden ist. — Wie wir hören, ist der Sifirte nach Feststellung des Thatbestandes wieder entlassen worden. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß er nur blind geladen hatte und daß er den Droschkenkutscher durch den Schuß nur von sich abwehren wollte. Geride wird als ein sehr exaltierter Mann bezeichnet, der in der That, wie in Rixdorf bekannt ist, schon oft mit Droschkenkutschern in Differenzen gerathen ist.

Ein Diebstahl in der Reichsbank. Mit großer Frechheit wurde, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, vorgefahren in der Reichsbank ein Diebstahl ausgeführt, dessen Opfer der Kassenbote eines hiesigen Bankhauses geworden ist. Der Bote hatte auf einen Obel die Summe von 20 000 Mark zu erheben, die ihm in sechs Tausendmarktscheinen, fünfzig Hundertmarktscheinen und für den Rest von 9000 Mark in Gold ausgezahlt wurde. Der Empfänger widerte die Geldscheine, also 11 000 Mark, in ein Paket, steckte dieses in eine schwarze Ledertasche, während er das Gold in einen Geldbeutel that. Als dann ging er in die Abtheilung für den Giroverkehr. Hier mußte er warten und setzte sich deshalb auf eine Bank, legte die Tasche links neben sich, darauf die Mütze und klemmte den Geldbeutel zwischen die Beine. Neben ihm an der linken Seite hatte sich alsbald ein junger bartloser Mann, der ungefähr zwanzig Jahre alt sein dürfte, gesetzt. Der Bote nahm dann die Mütze von der Tasche fort, um sich mit derselben Luft zuzufächeln. Dieses Moment muß der junge Mann bemerkt haben, um die Geldtasche an sich zu nehmen; plötzlich war der Nachbar verschwunden und als der Bote sich bald darauf erhob und die Geldtasche aufnehmen wollte, war dieselbe verschwunden. Unzweifelhaft ist der junge Mann der Dieb, denn dem Kassenboten werden seitens der geschädigten Firma die allerbesten Zeugnisse ausgestellt; ihm waren während langer Jahre schon oft bei weitem größere Summen anvertraut worden und nie sei die kleinste Inkorrektheit vorgekommen. Unglücklicherweise kann der Bote eine Personalbeschreibung des jungen Mannes, welcher den Diebstahl ausgeführt hat, nicht geben, er glaubt auch, er würde ihn eventuell nicht einmal rekonoszieren können. Die geschädigte Firma hat zunächst eine Belohnung von 1000 M. für die Wiederbeschaffung des Geldes ausgesetzt und würde auch, wenn weniger als 11 000 M. wieder herbeigeschafft würden, eine entsprechende Belohnung gewähren.

In eine fatale Situation geriethen, einem hiesigen Walle zufolge, zwei Berliner Damen, die in der Sommerstraße, etwa gegen 8 Uhr früh, ein Bad in der Davel nahmen. Beide hatten, in Ermangelung einer Badeanstalt, ein silbes Plüschchen im Tegeler Walde ausgelegt, wo sie die Garderobe ablegten und dann ins Wasser gingen. Als sie nach beendigtem Bade nach dieser Stelle im Walde zurückkehrten, waren die Kleidungsstücke bis auf die Morgenhüte verschwunden. Den Damen blieb nichts übrig, als in das Wasser zurückzulehren und die Hilfe eines vorbeifahrenden Schiffers in Anspruch zu nehmen, der aus ihrer Wohnung andere Garderobe herbeischaffte.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Vormittags wurde in der Invalidenstrasse ein Arbeitsbursche von einem Arbeitswagen und Nachmittags in der Straußensstraße ein Knabe von einem Geschäftswagen überfahren. Beide erlitten bedeutende Verletzungen an den Beinen. — Am demselben Tage Nachmittags wurden die Pferde einer in der Mohrenstraße haltenden Equipage, deren Führer dieselbe ohne Aufsicht gelassen hatte, plötzlich scheu und gingen nach dem Wilhelmplatz zu durch. Vor dem Hotel Kaiserhof rannten die Pferde gegen eine Droschke, wodurch der Kutscher vom Bock geschleudert und am Kopfe verletzt wurde. Das dadurch schon gewordene Droschkenpferd ging nun ebenfalls durch, rannte auf dem Wilhelmplatz gegen eine Bank und die auf derselben sitzenden Personen, wobei zwei derselben so schwere Verletzungen am Kopfe bezw. Arm und Bein erlitten, daß die Verletzten mittelst Droschke nach ihren Wohnungen gebracht werden mußten. — Am 18. d. M. Morgens wurde ein Mann vor dem Hause Am Nordhafen Nr. 4 von einem Arbeitswagen überfahren und mit einem Bruch des rechten Oberschenkels, so daß er nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Boechstraße erhängt vorgefunden. — Am 17. d. M. und in der darauf folgenden Nacht fanden an fünf Stellen kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

## Soziale Ueberlicht.

An alle Gewerkschaften Berlins. Laut Auftrag der Versammlung vom 12. Mai wird nachstehender Beschluß zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

„Die heute, den 12. Mai cr., in Joel's Salon tagende öffentliche Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften Berlins er-

kennt die Nothwendigkeit an, sobald als möglich eine Streik-Kontrollkommission für Berlin in's Leben zu rufen, deren Zusammensetzung aus Mitgliedern aller Gewerke vorzunehmen ist.

Es werden sämmtliche Gewerke aufgefordert, in nächster Zeit öffentliche Versammlungen einzuberufen, um hierzu Stellung und eventuell die Wahl der Vertreter zur Kommission (2 bis 3 für die einzelnen Gewerke) aus ihrer Mitte vorzunehmen. Die Resultate der einzelnen Besprechungen, sowie spezielle Berücksichtigungsvorschläge sind den Unterzeichneten baldigt mitzutheilen, welche eine allgemeine Versammlung einzuberufen haben, um die Angelegenheit zum endgültigen Abschluß zu bringen!

Arbeiter! Gefinnungsgenossen! Die Schwierigkeiten nicht verkennd, muß erwogen werden, daß die Frage eine zeitgemäße ist, um der arbeiterfeindlichen Koalition des Unternehmertums mit Erfolg begegnen zu können, und so glaubt man, in Anbetracht der immer häufiger vorkommenden erfolglosen Streiks, in der Wahl einer Streik-Kontrollkommission ein Mittel gefunden zu haben, den Auswüchsen der kapitalistischen Produktion mehr gewappnet gegenüber zu stehen.

Das Bureau der Versammlung:

Kug. Taetrow, Mauerstr. 9, v. 3 Tr.

Karl Thiem, Ruppinerstr. 3.

G. Wiedemann, Wendenstr. 2, 4 Tr.

auch Wallstr. 7/8, part. links.

Achtung Klempner! Kollegen! Die am 31. März dieses Jahres gewählte Lohnkommission der Klempner richtet hiernächst gedrängt durch den in der am Montag, den 5. Mai, in Sanssouci stattgefundenen Versammlung gefaßten Beschluß, an Euch die Aufforderung, in den Werkstätten Delegirte zu wählen, welche mit den Fragen betreffs Arbeitszeit, Lohnverhältnisse u. s. w. unterrichtet sind, um dieselben in der am Mittwoch, den 21. Mai, in Orschel's Salon, Sebastianstraße 89, stattfindenden Delegirten-Versammlung darzulegen, um der Kommission zwecks Ausarbeitung der zu stellenden Forderungen genügendes Material zu unterbreiten. Mit kollegialischem Gruß: Die Lohnkommission der Klempner Berlins und Umgegend, i. A.: R. Niska, Ritterstraße 124.

Achtung Schlosser und Maschinenbauarbeiter Berlins und Umgegend. In der am 13. d. Mts. stattgefundenen Versammlung der Schlosser und Maschinenbauarbeiter Berlins und Umgegend im Königsstädtischen Kasino, ist eine Werkstätten-Kontrollkommission gewählt worden, welche über regelmäßigkeiten zu wachen hat, und werden die Kollegen ersucht, etwaige Mißstände, als Ueberstunden und Lohnunterschieden dem unterzeichneten Vorsitzenden persönlich zu melden. Carl Schubert, Vorsitzender, Friedrichstr. 89, Hof 3 Treppen bei Post.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Kohrleger und Helfer tagte am gestrigen Montag, Vormittag 9 Uhr, in Feuerstein's unterem Saale. Den Vorsitz führten die Herren Redner, Vicinus und Galksdorf. Aus dem Situationsbericht über den Streik ist zu entnehmen, daß im Wesentlichen die Lage noch dieselbe geblieben. In der Diskussion darüber machte sich das Auftreten eines Herrn Generalinspektors Senler bemerkbar, der für den Innungsmeister Sedlmeyer eine stumpfe Range zu brechen suchte. Er warf den Kohrlegern vor, daß sie in den Angaben über ihre Lohnverhältnisse immer nur das Minimum herausgriffen, darauf Trugschlüsse bauten und dadurch sich selbst betrogen. Das von ihm in Gegenfrage dazu vertretene Maximum des Arbeitsverdienstes tüchtiger Kohrleger suchte man ihm dagegen zu bestreiten. Man solle doch das Mittel herausgreifen, dann werde man, wie in allen Fällen, der Wahrheit nahe kommen. Der Herr Redner, der die Versammlung, obgleich er offenbar Uebertriebenes vorbrachte, ruhig anhörte, wartete die Entgegnung der von ihm Angegriffenen gar nicht ab, sondern verschwand sofort nach Beendigung seiner rhetorischen Leistung. — Herr Becker widerlegte kurz und sachlich seine Ausführungen. Er führte aus, daß in Wahrheit gerade bei Sedlmeyer der Stundenlohn des Einzelnen nicht mehr als durchschnittlich 30 Pf. betrage. Mehrere Redner nahmen, anschließend daran, noch Veranlassung, auf den Gegenfall hinzuweisen, den man in der Behandlung gegnerischer Redner bei den Unternehmern und bei den Arbeitern finde. Bei den Ersteren habe man einfach den Gegner hinausgeworfen, um unbeobachtet auf die Gegner schimpfen zu können. Man habe den denkbar provokatorischen Redner ruhig angehört. Dies lasse erkennen, auf wie schwachen Füßen die Sache der Gegner stünde. Ein — „Innungsbruder“ — andres könne man diese Leute nicht nennen — habe in der oft erwähnten Innungsversammlung zur Bekräftigung seiner Worte mit dem Knüttel auf den Tisch geschlagen. Dies komme bei den Arbeitern nicht vor. Der Herr sei jedenfalls ein Abgesandter des Herrn Sedlmeyer und beauftragt worden, die Kohrleger vom ferneren Festhalten an den aufgestellten durchaus gerechten Forderungen abzuhalten. Doch dürfte dieser Liebes Müß umsonst sein. Es ward noch auf eine kommenden Donnerstags Abend am gleichen Orte vornehmlich für die arbeitenden Kollegen einzuberufende Versammlung aufmerksam gemacht und darauf mit einem dreifachen Hoch auf die gute Sache der Kohrleger und Helfer die Versammlung geschlossen.

Achtung! Mitglieder sämmtlicher freien Hilfsklassen. Die Vertreter dieser Klassen waren am 14. d. M. wiederum in einer Sitzung zur Schlussberatung über das für 1890—91 geltende Verzeichniß zusammengetreten. In dieser Sitzung wurde Alles noch einmal genau geprüft und sämmtliche Beschwerden, soweit wie möglich, berücksichtigt. Unter anderem mögen folgende Zusätze, unter Vereinbarungen, zur Aufklärung dienen, daß, sofern mehrere Mitglieder einer Familie erkrankt sind, der Besuch und Behandlung des ersten Patienten mit einer Mark jedoch für jeden weiteren Kranken nur 50 Pf. in Anrechnung zu bringen sind. Im Weiteren wird gewünscht, die Meldungen zum Besuch eines Patienten möglichst Vormittags und in den Sprechstunden des Arztes zu machen, damit event. Unannehmlichkeiten vermieden werden. Zur Charakteristik diene folgender Vorfall: Ein Arzt wurde zu einem entfernt wohnenden Patienten, zu einer bestimmten Tageszeit, gerufen und bemühte zur Ausübung seines Berufs eine Droschke, welche ihm 2 M. kostete. Nachdem nun die Behandlung gesehen, glaubt der Patient unter Vorgeigung der Legitimation, nicht mehr als 1 M. zahlen zu brauchen. Daher ist es auch

wünschenswerth, die Legitimation in solchen Fällen bei der Mel-  
dung, sonst aber bei der ersten Behandlung vorzuzeigen. Alles  
Nähere liefert das Verzeichniß, mit Ausnahme einiger Apotheken,  
welche einen Prozentsatz gewähren; dieselben sind bei den Vor-  
ständen zu erfahren. Mit der Gesamtheit schwebt noch die Ver-  
handlung. Wir richten nun an alle beteiligten Mitglieder die  
Bitte, sich diese neuen Verzeichnisse, welche seit dem 15. d. M. in  
Kraft sind, anzuschaffen und für die Innehaltung derselben Sorge  
tragen zu wollen, damit diese Einrichtung den Kassen, sowie Mit-  
gliedern und allen Beteiligten nutzbringend und zum Gedeihen  
gereicht.

Die Freie Vereinigung der Galvanisierer und Be-  
rufsgenossen hatte am 12. d. Mts. eine Generalversammlung  
in Meyer's Salon, Alte Jakobstraße 88, mit folgender Tages-  
ordnung einberufen: Wahl des definitiven Vorstandes; Ver-  
schiedenes. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Kneppel als  
1. Vorsitzender; Kollege Weise als 2. Vorsitzender; Kollege Weber  
als 1. Schriftführer; Kollege Berner als 2. Schriftführer; Kollege  
Buchhorn als Kassierer; die Kollegen Friede und Weidenbach als  
Beisitzer; die Kollegen Wolf, Meyer und Scholz als Revisoren.  
Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, eine Herrenpartie zu  
veranstalten und der 8. Juni dafür festgesetzt. Näheres darüber  
wird noch bekannt gegeben werden. Auch wurde beschlossen, die  
Kupferschmiede Berlins nach besten Kräften zu unterstützen.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benützung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzu-  
geben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen  
Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem  
Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Auf den Artikel in der Sonntagnummer des „Berliner  
Vollblatt“, den Brauerstreik betreffend, zur Erweiterung Fol-  
gendes:

Nach heute sind wir noch nicht überzeugt, daß es richtig war,  
daß die Lokalkommission in den Streit zwischen den Brauerei-  
besitzern und ihren Arbeitern eingegriffen hat. Die Lokalkommission  
ist von den Berliner Arbeitern gewählt, um für ihre Verfam-

lungen die nötigen Lokalitäten zu sichern; sie hatte mithin erst  
dann das Recht einzuschreiten, wenn die Besitzer ihre Zustimmung  
zurückgezogen hätten. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen. Aber  
gläubte die Kommission eingreifen zu müssen, so hätte sie in der  
Dienstagnummer voriger Woche nicht sämtliche Brauereien,  
wie bis jetzt immer, den Arbeitern als diejenigen empfohlen  
dürfen, die ihre Säle unentgeltlich zu Versammlungen hergeben.  
Wo bleibt die Konsequenz, wenn auf der einen Seite den Arbeitern  
empfohlen wird, die Lokalitäten der Unternehmer zu benutzen,  
auf der anderen Seite man ihnen aber abtrahet, das Bier der  
ihm empfohlenen Brauereien zu trinken. Nach unserer Meinung  
hat die Lokalkommission ihre Befugnisse überschritten.

Wir kommen nun zu der „im Interesse sämtlicher Arbeiter  
Berlins“ gebrachten „Widerlegung“ des Sprechsaalartikels.

Angenommen, daß wirklich auf 1000 beschäftigte Brauer-  
gesellen 800 Streikende kommen — den letzteren sind wohl jeden-  
falls die bereits entlassenen Mälzer, welche überhaupt nur von  
Oktober bis Ende April in den Brauereien beschäftigt werden, zu-  
gezählt, — so beweist schon die geringe Zahl der Streikenden, daß  
die aufgestellten Forderungen von der überwiegenden Majorität gar  
nicht begriffen, und deshalb unzeitgemäße waren. Durch einen  
Streik lang überhaupt nur etwas erreicht werden, wenn die  
große Mehrheit der Gewerkschaften die aufgestellten Forder-  
ungen anerkennt. — Daß sich sämtliche Brauereien in vollem  
Betrieb befinden, wird von den Artikelschreibern nicht bestritten.

Gänzlich hinfällig ist aber wohl der Theil der „Widerlegung“  
bezüglich des Arbeitsnachweises. Die Verfasser des Eingekandt  
glauben doch als bewußte Sozialdemokraten selbst nicht, daß  
ein durch den „guten Willen und der Konsequenz der Arbeiter  
geschaffener Arbeitsnachweis allein es möglich machte, bei der  
heutigen Produktionsweise, alle und invalide Arbeiter in Beschäf-  
tigung zu halten. Es wäre ja dies ein sehr einfaches Mittel,  
allen Gewerkschaften zu einem solchen Arbeitsnachweis zu ver-  
helfen, und somit wäre die soziale Sicherstellung und eine Alters-  
versorgung der Arbeiter auf privatem Wege erreicht, und das  
Alles ohne jegliches Eingreifen des Staates. Das heißt denn  
doch die längst todt geglaubten Utopisterei der Hirsch-Dunder-  
schen Gewerksvereiner mit der modernen Arbeiterbewegung ver-  
quicken zu wollen.

Keußerst unglücklich sind aber sämtliche angeführten  
die beweisen sollen, daß die Berliner Arbeiter in analogen  
mit derselben Waffe kämpfen. — Gerade der Verlauf der  
den Einsendern angezogenen Boykotts, die anlässlich der Ein-  
den Bäcker, der Gutmacher und Cigarrenarbeiter von den Ber-  
liner Arbeitern über die Arbeitgeber, welche nicht bewilligt hatten,  
verhängt wurden, lehrt uns ja, wie vorsichtig man in der Be-  
hängung eines Boykotts zu verfahren hat. Ist denn in einem  
der angeführten Fälle, in welchem ein Boykott verhängt wurde,  
auch nur etwas Nennenswerthes für die Arbeiter herausgekommen?  
Es würde zu weit führen, die äußersten Konsequenzen eines  
solchen Boykottsystems zu entwickeln.

Was würde z. B. geschehen, wenn bei einem in nächster  
stehenden Streit der Bäckergesellen die Meister sich zu einem  
Streik verbänden — wie es jetzt von den Unternehmern in  
allenthalben geschieht — und die Forderungen der Gesellen nicht  
erfüllt, dann wären wir auf solche Weise gezwungen, statt Bier  
vielleicht Fleisch zu essen! Oder wir trinken jetzt kein Bier,  
trinken Selterswasser, die Arbeiter der Selterswasserfabriken, die  
schlecht sehen, wollen ihre Lage verbessern. Zu einer Arbeits-  
stellung ist es bereits auch wirklich gekommen. Da sie keine  
Organisation zur Unterstützung haben, erklären sie „auf dem  
Boden der modernen Arbeiterbewegung“ zu stehen. Ihre Forder-  
ung muß als eine gerechte anerkannt werden — aus diesen  
Gründe dürfen wir kein Selterswasser trinken. — Was nun?  
Wer will hier die Grenzen ziehen, bei welchen Gewerkschaften  
bei welchen Streiks der Boykott angebracht ist, und bei welchen  
nicht? — Hat man nun beim Bäckerstreik z. falsch gehandelt,  
braucht man doch das Falsche nicht zu wiederholen.

Weiter finden die Einsender unsere Argumentation zigen-  
thümlich.

Wir finden es eigentümlich, wenn eine auf dem Boden  
der heutigen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft „u. a.“  
die Forderung (10) aufstellt: „Die Einstellung von Arbeitsleuten  
in den Brauereien von Berlin und Umgegend ist nur für solche  
Arbeiten zulässig, die nicht direkt zum inneren Brauereibetrieb ge-  
hören.“ Und eine solche Forderung sollte auf dem Boden der  
modernen Arbeiterbewegung entsprossen sein?

Leonhard Brunz,  
Wrangelstr. 61.  
Emil Miz,  
Wendenstr. 2.

## Bad Weddingplatz

Reinickendorferstr. 2a.

Soolquelle Mario, Filiale vom Admiralsgarten-Bad.  
Komfortabel eingerichtete Badeanstalt.

Abtheilung für Herren und Damen.

Wannenbäder für Herren und Damen. Tagesbillet 50 Pfg.  
6 Abdoments-Billets à Bad 39 1/2 Pfg. Natürliches Soolbäder für  
Herren und Damen. Tagesbillet M. 1.25. Abonnement 6 Billets  
à 1 M. Russisch-römische Bäder. Tagesbillet 1.25. Abonnement  
6 Billets à 1 M. Montag und Donnerstag von 8 Uhr früh bis  
1 Uhr Mittags nur für Damen. Volks-Brause-Bäder Billet 15 Pfg.  
Die Direktion des Admiralsgarten-Bad.

!! Zum Pfingstfest !!

## Gardinen

in vorzügl. Fabrikaten unter Fabrikpreis,  
wegen gänzlicher Aufgabe d. bisher. Detail-  
Geschäfts in der

Gardinen-Fabrik

von Bruno Güther, Fabrik. a. Pl. i. S.

Grüner Weg 80,

parterre, Eingang vom Flur. 286

Omnibus-, Pferdebahn- und Stadtbahn-Verbindung.

Hut- und Modewaaren,

Trauerhüte in großer Auswahl

Marie Panknin,

No. 91, Adalbertstrasse No. 91,

Ecke Oranienstraße. [968]

## Bekanntmachung!

Die Herren- und Knaben-Garderoben  
sowie das Stofflager

aus der Louis Zadeck'schen

## Concursumasse

soll täglich von 9-1 Uhr Vormittags, 3-7 Uhr Nachmittags  
im bisherigen Geschäftslokal

## 7. Spandauer Brücke 7

zu festen Taxpreisen ausverkauft werden.

Der Verwalter.

Pferdebahnverbindung nach jeder Richtung.

Zur bevorstehenden Saison erlaube mir hierdurch auf mein reich-  
haltig sortirtes Lager in

## Herren- u. Knaben-Garderobe

zu außergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam zu machen. Gleichzeitig  
empfehle mein als prompt und reell bekanntes Bestellungsgeschäft  
einer gütigen Beachtung.

J. Krakauer, Herren- und Knaben-Garderobe,

Rixdorf, Bergstrasse 22.

H. Guttmann, empfiehlt Vereinsstempel, Einittungsstempel  
Medaillonstempel mit Kassa, Bebel, Dieb-  
Licht u. a. m. zu ermäß. Preis. Monogramme,  
Schablonen, Zehrschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort.

Möbel auf Theilzahlung Lohringstr. 75. Lowent.

Hugo

## Bettfedern

neue, gut gereinigte, von 60 Pf.  
an. Fertige Betten, bestehend aus:  
Deckbett, Unterbett, 2 Kopfkissen,  
neue gute Federfüllung von 12 M.  
an. Vollständiges reines Daun-  
bett nur 27 M. Fertige Inletts  
und Bezüge zu Fabrikpreisen.

## Matrassen

Seegrasfüllung, nur 3,75, India-  
faser- und Hohlhaarfüllung, spott-  
billig. Feldbetten 9 M. Große Aus-  
wahl von Bettstellen, Kinderbett-  
stellen, Steppdecken von 2,75 an.  
Mein langjähriges Renommee  
bürgt für strengste Reellität. 66

D. Feibel,

Berlin, Chaussee-Strasse 111.

Telephon-Kant IIIb. 943.

## 15 Mark

elegante

Sommer-Paletots,

6 Mk. eleg. Stoffhosen,

20 Mk. eleg. Jaquetanzüge

27 Mk. grane Sammg.-Anz.

30 Mk. dunkle do.

2 Mk. Knaben-Stoffhosen,

6 Mk. hoheleg. Knabenanz.

2 Mk. eleg. Hans-Zoppen,

3 Mk. „ Jagd-Zoppen,

10 Mk. Promenaden-Anz.

empfehlen [1172]

Gebr. Neustadt,

41 Jerusalemstr. 41

(Ecke Krausenstraße).

2. Gesch. Charlottenb., Berlinerstr. 103.

Im Tuchgeschäft

Prinzenstr. 53,

gegenüber der Turnhalle:

Herren- und Knaben-

Anzüge, Paletots,

sowie Damenkleider etc.

Auf Wunsch auch gegen

Ehrlichzahlungen. 448

## Filz- und Seidenhüte

(nur mit Arbeiter-Kontrollmarke)  
neuester Façons in großer Auswahl  
empfehle zu billigen Preisen

Carl Raettig,

1126 Gutmacher.

Fehrbellinestr. 83, part. links.

(vis-à-vis der Apotheke).

Strohüte in grosser Auswahl.

Leppige mit Webefeldern

jed. Art u. Größe, Portiören, Gardinen,  
Tischdecken, Läuferstoffe, Steppdecken  
unterm Kostenpreis. Einzel-Verkauf  
Leppichweiderei Zimmerstr. 36,  
Hof part. 85

## Steppdecken- Fabrik

Emil Lefèvre,

Berlin, Oranienstr. 158.

Größte Auswahl! Woll-Atlas-  
Steppdecken mit Handarbeit!

2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux

7,50 Mark. Einzelne schadhafte

Decken 3 und 4 Mark. 15

Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

An alle Freunde und Genossen richte

die Bitte, ihre Einkäufe in Zukunft

nur an Wochentagen oder Sonntags

Vormittags bis 10 Uhr zu besorgen,

da mein Geschäft an Sonntagen von

10 Uhr ab geschlossen bleibt.

J. Simon,

Inh. Adolf Adler,

Meyerstraße 33.

Wollwaaren, Wäsche, Tricotagen

und Korsets. 253

Cohn's

Hosenfabrik

Pallisanderstr. 7, verkauft Hosen

von 1 M. an, Anzüge von 2,50 M.

an, sowie Garderoben aller Art

nach Maß. Werkstatt im Hause.

Hüden und Nester aller Art spottbillig.

Kleider-Stoffe,

besonders elegante

Neuheiten

in den denkbar schönsten Mustern zu

selten billigen Preisen bei

Z. ALEXANDER,

102. Gr. Frankfurterstr. 102.

(Ecke der Krausenstraße.)

Wichtig für den „Nord-Berlin“.

Chausseestr. 83, vis-à-vis d. Tiefenstraße.

Reellste und billigste Einkaufsquelle für

Schuhwaaren jeder Art.

Durch Mietzersparrung und eigene

Fabrikation der Obertheile und Unter-

sohlen biete ich jeder Konkurrenz die

Spitze. Reparaturen vom besten Kern-

leder sofort. 392

O. Fäse, Chausseestr. 83, a. d. Tiefenstr.

Vorzüglich. Mehl,

gut kochende Hülsenfrüchte, alle Mühlen-

fabrikate, Kaffee, Zucker, Chokolade,

Bogelkutter, Taubenerbsen, empfiehlt

die Mehlhandlung von

H. Mathies,

70. Grüner Weg 70,

nahe der Koppenstraße.

Jede Uhr

zu reparieren und zu reinigen

(außer Bruch) kostet bei mir

unter Garantie des Gutgebers

1,50 Mark.

Lager aller Arten Uhren und Gold-

waaren zu den billigsten Preisen.

Guß. Blenk, Rosenthalerstr. 10.

(a. d. Auguststr.)

Schneider-

Bedarfsartikel empfiehlt billigt (Muster

gratis und franco)

Rud. Pieper, Wilhelmsstrasse 114

(a. d. Puttkamerstr.)

Sonntags von 10 Uhr ab geschlossen.

## Achtung! Tabakarbeiter!

Ueber folgende Fabriken ist die Spre-  
verhängt:

Carl Maritzon (wegen Maßregelung)

1. Geschäft: Weberstr. 6,

2. " Friedrichstr. 97,

3. " Alexanderstr. 71,

4. " Neue Promenade 1,

5. " Gertraudenstr. 20,

6. " Belle-Alliancestr. 98-99

7. " Dresdenerstr. 93,

8. " Poststr. 16,

9. " Neue Königstr. 19a

10. " Andreasstr. 75,

11. " Chausseestr. 8,

12. " Prinzenstr. 83,

13. " Andreasstr. 59,

14. " Friedrichstr. 204,

15. " Spandau.

Schmeisser (wegen Maßregelung)

1. Geschäft: Chausseestr. 25,

2. " Chausseestr. 76,

3. " Friedrichstr. 100.

Naucke, vormals Schubert & Co.

(wegen Maßregelung),

Kirchstraße 6.

1. Geschäft: Dresdenerstr. 72-73,

2. " Charlottenburg.

Koillflug, Elsfasserstraße 8, Laden.

Hübisch, Brenzlauerstraße 8.

Ratke, Alt-Moabit Nr. 130.

Carl Brunzlow (Inhaber August Debe)

(wegen Maßregelung),

straße 23.

George Practorius.

W. Brunzlow & Sohn, Poststraße 6.

Die Ueberwachungs-Kommission

479 der Tabakarbeiter Berlins.

R. Kohlhardt

jetzt Mariannenstraße 84

empfehle seine

Buchhandlung u. Buchbinderei.

Jede Uhr zu reparieren (außer

Bruch) kostet bei mir

1,50 Mark

unter Garantie des Gut- und Nichtge-

gehens. Al. Reparaturen entp. billig.

Lager aller Arten Uhren, Gold-

Silberwaaren.

C. Wunsch, Hannenstr. 35.

Echten

Nordhäuser Korn

à Pl. excl. 75 Pf.

Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf.

Zugbertigneur, beste Magenmittel

90 Pf.

Maitrant aus frisch. Kräutern & G.

exkl. 75 Pf.

empfehle die Groß-Verstillation von

Lettan & Keil, Sophienstr.

Nr. 14.

an der Rosenthalerstraße.

Geschäfts-schluss Abends 8 Uhr.

Empfehle allen Freunden und Be-

kaunten meine